

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Meine sehr geehrten Herren!

Ich begrüße Sie alle herzlich zu unserem 14. Bergedorfer Gesprächskreis. Mein besonderer Willkommensgruß gilt unseren heutigen Referenten, Herrn Prof. Grosser und Herrn Baron zu Guttenberg. Herzlichen Gruß auch Herrn Bondy, der sich liebenswürdigerweise bereit erklärt hat, die Diskussionsleitung zu übernehmen. Darüber hinaus möchte ich Herrn Bondy meine Freude zum Ausdruck bringen, daß der heutige Abend in Gemeinschaft mit dem Kongreß für die Freiheit der Kultur, Paris, veranstaltet wird, wofür ich Herrn Bondy besonders danken möchte.

In einer seiner letzten Arbeiten, seinem Vorwort zu einer Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger zugeordneten Festschrift, verwies Theodor Heuß auf die bis heute ungelöste Problematik der Lebensmöglichkeit und des Mitspracherechtes der Bundesrepublik im Weltgeschehen. Die Bundesrepublik ist zwar ein Staats- und völkerrechtlicher Tatbestand eigenen Rechts und eigener Verantwortung geworden, sie ist aber ein Provisorium geblieben - oder, wie Heuß sagte, ein 'Transitorium' - sachlich und zeitlich also ein Durchgangsstadium. Ihre Aufgabe und ihr Auftrag leiten sich aus der Stellvertretung für ein gesamtdeutsches staatliches Schicksal ab, dessen konkreter Vollzug zu erarbeiten ist.

Nun ist diese in ihren klaren Loyalitäten überschaubare Bundesrepublik in alle eigenständigen und aus übergreifenden Zusammenhängen abgeleiteten europäischen Vorgänge eingebunden. Sie ist Aktionsraum auch innerhalb der politischen Wandlungsprozesse, in denen sich Europa heute zu befinden scheint aber Deutschland?

Aus diesem Grunde erscheint die Behandlung des Themas des heutigen Abends vordringlich: Wohin Deutschland in Europa? Sie ist notwendig wegen der Ungenauigkeit unseres Selbstverständnisses, des deutschen wie des europäischen, selbst heute noch, und sie erscheint vordringlich, weil wir Gefahr laufen, den Überblick über die Tatsachen zu verlieren. Um die politische Situation unserer Bundesrepublik im Jahre 1964 beurteilen zu können, muß man von dem 1949 verkündeten Entschluß der Westalliierten ausgehen, die Teilung Deutschlands einem vereinten Deutschland vorzuziehen. Noch 1947 hatten England und Frankreich den Vertrag von Dünkirchen abgeschlossen, der die beiden Vertragschließenden gegen etwaige Übergriffe Deutschlands schützen sollte.

Alle Prozesse, die sich seither abspielten: die Erstarkung der Bundesrepublik, ihre wirtschaftspolitische Gesundung, ihre Aufrüstungsleistungen, ihre Zugehörigkeit zur EWG und anderen Gemeinschaftsorganisationen, ihre Mitarbeit in den Entwicklungsländern, der deutsch-französische Freundschaftsvertrag und anderes, haben an der Ausgangssituation de facto wenig geändert. Befindet sich die Bundesrepublik trotz aller Bündnisse immer noch im Niemandsland zwischen den Fronten? Beruht diese Feststellung auf deutschen Versäumnissen? Was ist in unserem Thema also Deutschland - und was ist Europa?

Wir werden bei unserer Betrachtung nicht übersehen, daß die Bundesrepublik nach 1945 geopolitisch von der Mitte Europas an die Peripherie geschoben wurde. Wer also Politik treiben will, muß die Tatsachen feststellen, mit denen er wird umgehen müssen. Den Weg eröffnet die eigene Erfahrung und Erfahrungen der Weggenossen, der Gefährten, der Gegner und aller betroffenen Nachbarn.

In den letzten Monaten sind uns allen neue Einsichten aus neuen Vorgängen zugewachsen. Wir denken dabei an die Münchner Rede des Bundesaußenministers und an ihre Auswirkungen, vor allem auch an die Reaktion der Vertriebenenverbände - an diesen Streit, der nicht nur um Nuancen geht. Wir erinnern uns der Parteitagssuche nach politischem Spielraum, an die Gegensätze zwischen Atlantikern und Gaullisten, an neue, ganz Europa berührende Initiativen des Präsidenten de Gaulle, der nicht nur das Integrationsprinzip der Nato aufkündigte.

Vielleicht gelingt es uns heute abend, einige Faustregeln aufzustellen, die die deutsche Situation klären helfen und jene gemeinsamen europäischen Impulse stärken, die allen Entscheidungen von vornherein, das heißt vor jeder Zweckerwägung, eine sinnvolle Richtung zu geben vermögen.

Darf ich Sie nun, verehrter Herr Prof. Grosser, bitten, mit Ihrem Referat zu beginnen.

Grosser

Das Thema, meine Herren, spricht von "Deutschland" und "Europa". Was Europa ist, wissen wir nicht. Wenn man "Deutschland" statt "Bundesrepublik" sagte, so doch wohl deshalb, weil in den Augen der Veranstalter die gesamtdeutsche Frage gestellt wurde. Da ich aber nachher vor allem von der Bundesrepublik sprechen werde, möchte ich zuerst ein Wort darüber sagen, wie das Deutschland von heute vom Ausland her gesehen geographisch aussieht. Dabei kann man äußersten Falles von dem Deutschland innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937 ausgehen. Jede Anspielung auf ein Deutschland, das Gebiete auch jenseits jener Grenzen umfaßt, löst im Ausland nur die schlimmsten Reaktionen aus.

Wie Walter Lippmann in seinem "Spiegel $\frac{3}{4}$ " - Gespräch kürzlich sagte, denkt niemand in Amerika, England oder Frankreich, wenn er von deutscher Wiedervereinigung spricht, an Gebiete, die jenseits der Oder-Neiße-Linie liegen. Spricht man außerhalb Deutschlands vom Deutschlandproblem, so gibt es nur die Frage einer Wiedervereinigung mit den Gebieten diesseits der Oder-Neiße sowie das Problem Berlin.

Die Umstände, unter denen die Bundesrepublik im Jahre 1949 als ein Teil Deutschlands geboren wurde, erklären weitgehend ihre Außenpolitik und ihre Stellung innerhalb Europas sowie vor allem auch ihr inneres Gefüge. Zunächst einmal hatte sie das Glück, nicht 1945, sondern 1949 geboren zu werden, das heißt als die schlimmsten Zeiten vorüber waren, als Wiederaufbau und Rückkehr eines Deutschland auf die diplomatische Bühne mit der Entstehung der Bundesrepublik zusammenfielen. Das war der Weimarer Republik nicht beschieden gewesen.

Vor allem aber sind die Bundesrepublik und der Atlantikpakt Zwillingsskinder: beide entstammen dem "Kalten Krieg". Die Bundesrepublik kam auf Grund der Ost-West-Spannung zur Welt. Seither besteht zwischen Frankreich und Deutschland trotz aller Freundschaft der Grundgegensatz, daß die internen Spannungen in Frankreich jedesmal kleiner werden, wenn es eine Entspannung in der Weltpolitik gibt und Frankreich dann wieder einer der vier Großen ist, während die Bundesrepublik mit jeder Entspannung wieder zum Objekt der internationalen Politik wird, über das man in ihrer Abwesenheit spricht. Bei Auftreten von Ost-West-Spannungen hingegen erinnert sich das "Pentagon" von neuem daran, daß es in Frankreich 20% kommunistischer Wähler gibt, und die Bundesrepublik wird ein sehr hofierter Partner. Daher hat die Bundesrepublik gewissermaßen von Geburt an Interesse an der Ost-West-Spannung gehabt, wenn diese auch die Spaltung Deutschlands immer wieder vertiefte.

Man sagt oft, es gäbe in der Bundesrepublik eine Entideologisierung. Das scheint mir keineswegs zuzutreffen. Es gibt eine Einstimmigkeit in der Ideologie, und das ist etwas völlig anderes. Verglichen mit der tiefen Einstimmigkeit in der Ablehnung der kommunistischen Ideologie, ist das, worüber sich CDU und SPD heute streiten, unwesentlich. Hauptursache der Ruhe in der Bundesrepublik ist, daß sie weder - wie England - durch das Entkolonierungsproblem, noch - wie Italien - durch das Problem des Kommunismus, noch - wie Frankreich - durch die beiden Probleme der Entkolonisierung und des Kommunismus innerlich gespalten ist. Sie ist ohne Kolonien und zu beinahe 100% antikommunistisch, was sich beweisen ließe, wenn es noch eine KPD gäbe, die sich zur Wahl stellen könnte. Sie ist so einstimmig, daß sowohl ihre innere als auch ihre äußere Einstellung von dieser Einstimmigkeit bestimmt wird.

Aus der Bundesrepublik ist zugleich ein hervorragend liberaler wie auch ein besonders intoleranter Staat geworden. Besonders liberal, weil - wenn ich an die Programme des Norddeutschen oder Westdeutschen Rundfunks denke - Funk und Fernsehen eine Freiheit genießen, die fast so groß ist wie in England. Darum kann ich beide, von Frankreich aus gesehen, nur beneiden. Besonders liberal auch, weil gerade der Fall "Spiegel" bewiesen hat, wie die Institutionen funktionieren: Wenn Franz Josef Strauß beim Frage- und Antwortspiel im Bundestag nicht Rede und Antwort gestanden hätte, so wäre er heute noch Verteidigungsminister. Gerade weil auch er das parlamentarische Spiel mitgespielt hat, ist er nicht mehr Verteidigungsminister.

Andererseits aber ist man in der Bundesrepublik nur tolerant, solange die gemeinsame Grundideologie nicht auf dem Spiele steht. Das ist leider nur zu natürlich. Wenn in einer Gemeinschaft von hundert Menschen einer nicht einverstanden ist, so sieht ihn die Gemeinschaft als Verräter an. Wenn - wie in Italien und Frankreich - zwanzig nicht einverstanden sind, so gibt es nicht zwanzig Prozent Verräter, sondern eine gespaltene Gemeinschaft.

Nach meiner Meinung vermehren sich in der Bundesrepublik die Zeichen der Intoleranz, und ich möchte dafür ein Beispiel anführen: Vor vierzehn Tagen wurde in der Wochenzeitschrift "Parlament"

das Buch von Georg Bluhm über die Oder-Neiße-Linie besprochen. In diesem Artikel wurde ungefähr ausgeführt, daß dieses Buch nie hätte geschrieben werden dürfen, weil einige Argumente darin dem Osten helfen könnten.

Noch ein Wort zur Wirtschaft. In der jüngsten deutschen Geschichte ist Wirtschaftslenkung dreimal mit einer Diktatur zusammengefallen: unter Hitler, unter der Besatzung und jetzt in der DDR. Das erklärt, warum die Deutschen, ebenso wie die Amerikaner, wirtschaftlichen Liberalismus und politische Freiheit als eng miteinander verknüpft betrachten, was nicht in allen europäischen Staaten der Fall ist. Diese Haltung spiegelt sich in der europäischen Wirtschaftspolitik wider.

Ich möchte nun noch die außenpolitischen Konsequenzen dieser Grundeinstellung der Bundesrepublik skizzieren, zuerst Deutschland-Frankreich, dann Europa, dann Atlantik, und dann sind wir bei der Weltpolitik.

Auf deutsch-französischer Ebene darf man nicht vergessen, daß die deutsch-französischen Beziehungen bereits zu einer Art Höhepunkt gekommen waren, bevor sich de Gaulle und Adenauer am 14. September 1958 sozusagen ineinander verliebten. Die Grundelemente der deutsch-französischen Beziehungen sind so eng, die menschliche Infrastruktur ist seit 1945 so tief, daß sie beinahe jenseits jeder politischen Konjunktur stehen. Seit 1958 aber basieren die deutsch-französischen Beziehungen sehr weitgehend auf einer Art "gentleman-agreement" zwischen Adenauer und de Gaulle. Man unterstützt sich gegenseitig in einer Art Wechselspiel: Bonn unterstützt Paris in seinen Forderungen nach Gleichheit innerhalb der NATO, was nach George Orwell heißt, daß Frankreich zu denen gehören will, die gleicher sind als die anderen. Frankreich unterstützt die Bundesrepublik nach Osten hin, indem es zum Beispiel keinen Vorschlag über Berlin oder die Wiedervereinigung macht, der nicht von Bonn inspiriert worden wäre. Da von Bonn nie etwas kommt, schlägt also Paris auch nichts vor.

Daß es aber auch anders gehen kann, zeigte sich am 31. Dezember 1963 um 8.20 Uhr, als de Gaulle in seiner Neujahrsansprache unter den Hauptstädten von totalitären Staaten auch Pankow nannte. Das hieß nach Bonn gerichtet: "Wie Du mir, so ich Dir! Wenn Du zusammen mit den Amerikanern etwas Besonderes machst, kann ich auch meine Sprache über das Deutschlandproblem verändern".

Diese Schwierigkeiten sind nun überwunden, weil in den deutsch-französischen Beziehungen heute ein ganz anderer Ton angeschlagen wird. Der Vertrag vom 22. Januar 1963 war ein Höhepunkt und kein Neubeginn. Im Verlauf des Jahres 1963 gab es dann eine gewisse Ebbe. Heute hat sich dank Professor Erhard alles ernüchert. Dieser hat weder den Standpunkt Dr. Adenauers eingenommen noch den seines Ministers Schröder. Es ist also weder von vornherein richtig und verteidigungswürdig, was de Gaulle sagt, noch sind wir etwa keine Freunde mehr, weil wir nicht grundsätzlich übereinstimmen. Gerade weil wir für die Dauer Freunde bleiben wollen, müssen wir die Differenzen offen aussprechen, und die Differenzen liegen sehr tief. Sie liegen nicht im deutsch-französischen Bereich. Frankreich und Deutschland befinden sich heute in der Lage eines Ehepaares, das zusammen lebt, zusammen ißt, zusammen zu Bett geht, Kinder bekommt und darüber hinwegzukommen hofft, daß es in einer Mischehe lebt; in einer Mischehe deshalb, weil der Grundglaube in bezug auf Europa und die Atlantikideologie bei beiden verschieden ist.

Hier liegen heute die Schwierigkeiten. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß der gegen de Gaulle und Adenauer gerichtete Vorwurf, sie schufen ein Europa der "Sechs" auf deutsch-französischer Grundlage, der gleiche ist, den de Gaulle acht oder zehn Jahre lang seinen Vorgängern in der Vierten Republik machte. Weil er es nun selbst tut, kommt heute dieser Vorwurf von denen, gegen die er ihn früher erhoben hatte.

Wo liegen die Differenzen auf europäischem Gebiet, und wie gerieten wir in die jetzige europäische Verwirrung? Auf begrenztem Gebiet des Europa der "Sechs" will ein jeder zusätzlich zu dem, was er selbst will, auch das Gegenteil von dem, was er will. Ich nenne drei Probleme: erstens den Eintritt Englands in die EWG, zweitens ein politisches Europa, womit ich ein Europa mit Mehrheitsbeschluß meine, und drittens ein wirtschaftliches Europa, womit ich nicht nur den Gemeinsamen Markt meine, also die Beseitigung von wirtschaftlichen Hindernissen, sondern eine Wirtschaftsgemeinschaft mit gemeinsamen Beschlüssen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

So streben zum Beispiel die Herren Paul Henri Spaak und Jean Monnet alle drei Ziele an und wissen doch genau, daß der Eintritt Englands die beiden anderen Probleme auf Jahrzehnte hinauschieben würde. Die Holländer haben sich unterdessen auf etwas Besseres besonnen. Das Fehlen des Wortes "integriertes Europa" in dem Kommunique nach dem Besuch Erhards im April 1964 in Den Haag beweist, daß sich die Holländer endgültig zugunsten Englands und nicht der Integration entschieden haben.

In Frankreich sind de Gaulle und wahrscheinlich sämtliche Franzosen für die Wirtschaftseinheit. Hier gibt es, wie es Nora Beioff ausdrückte, eine wunderbare Allianz zwischen dem Papst - das ist die Hallstein-Kommission - und dem Kaiser - das ist natürlich de Gaulle. Sind sie sich in der Wirtschaft einig - und im allgemeinen sind sie sich in Wirtschaftsproblemen einig;- , dann geht es gegen die Bundesrepublik; darauf komme ich gleich. Aber Frankreich will weder den Eintritt Englands in die EWG noch die politische Einheit, so daß die armen französischen Diplomaten im Januar 1963 in der "einfachen" Lage waren zu sagen: Wir wollen England nicht, im Namen eines Europa, das wir selbst auch nicht wollen.

Nun zur Bundesrepublik. Man will eine politische Einheit, ohne sich darüber klarzuwerden, was politische Einheit bedeutet. Zum Beispiel sagt man in der Bundesrepublik immer: Wenn es einmal ein geeintes Europa gibt, dann wird die deutsche Wiedervereinigung ein gemeinsames Anliegen der "Sechs". Wer weiß denn das? Wenn nun das Gegenteil eintreten und die deutsche Wiedervereinigung dann durch Mehrheitsbeschluß zurückgestellt würde? Würde das die Bundesrepublik mit einem geeinten Europa in Kauf nehmen?

Für die Wirtschaftseinigung ist man nicht so sehr eingenommen, vor allem Prof. Erhard nicht. Wirtschaftseinigung bedeutet schon Planung, und Planung ist schon Kommunismus. Mit einiger Übertreibung möchte ich behaupten, daß der französische "Fritz Berg", Georges Villiers, planungsfreudiger ist als der jüngst verstorbene Heinrich Deist oder als Ludwig Rosenberg. Hier wird also die Ablehnung des Europa der "Sechs" ziemlich deutlich. Und dazu kommen noch die Sorgen um die Landwirtschaft.

Man ist für den Eintritt Englands, will aber auch mit Frankreich zusammenbleiben. Vor allen Dingen hat man nicht verstanden - oder will nicht verstehen;- , warum eigentlich England von General de Gaulle ausgestoßen wurde. Der Grund hierfür war kein europäischer, sondern ein atlantischer, und hier hat de Gaulle seinen größten politischen Fehler begangen. Nach dem Ausstoß Englands sagte einer seiner Minister, England wäre das "Trojanische Pferd" Amerikas in Europa geworden. De Gaulle hat sich im Pferd geirrt: Das Trojanische Pferd Amerikas in Europa ist die Bundesrepublik.

Hier kommen wir auf die eigentliche Stellung der Bundesrepublik. Was ist für sie "Atlantische Gemeinschaft"? Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik sind ungefähr die einzigen Staaten in der atlantischen Allianz, die wirklich an eine Atlantische Gemeinschaft glauben. Für alle anderen gibt es Konflikte zwischen den Interessen der Gemeinschaft und zum Beispiel nationalen Interessen. Für die Vereinigten Staaten gibt es solche Konflikte nicht, weil sie seit 1949 die Stärkeren sind.

Für die Bundesrepublik gibt es deshalb keinen Konflikt, weil ihr entscheidendes nationales Anliegen die Verteidigung von Berlin - wirklich Gemeinschaftsinteresse der Allianz ist. Weiterhin haben die Bewohner der Bundesrepublik beinahe einstimmig, bewußt oder unbewußt, eine im Europa des zwanzigsten Jahrhunderts fast einmalige Entscheidung getroffen: eher die ideologisch-liberale Gemeinschaft als die nationale - lieber keine Wiedervereinigung als irgendeine Form der Wiedervereinigung, die mit der Gefahr der geringsten kommunistischen Infiltration verknüpft wäre. Das Schlagwort "Keine Experimente", das die Wahlen von 1957 gewonnen hat, wirkte sich in keiner Frage so stark aus wie in der Wiedervereinigung.

Ich möchte sagen, hier gibt es eine gemeinsame deutsche Außenpolitik. Sie wurde in einem Satz von Fritz Erler in der ersten Debatte nach Erhards Amtsantritt als Bundeskanzler formuliert: "Kein Europa ohne Frankreich, keine europäische Sicherheit ohne die Vereinigten Staaten". Dieses Wort könnte sicherlich jeder deutsche Politiker unterschreiben.

In einer Fernsehsendung habe ich neulich versucht, von Willy Brandt zu erfahren, in welchen Punkten er mit der offiziellen Außenpolitik nicht übereinstimme. Er sagte, es gäbe Nuancen, die sich in der Wahlkampagne herausstellen würden, und zudem läge die einzige wirkliche Opposition auf diesem Gebiet innerhalb der CDU selbst.

Warum diese Einigkeit? Warum gibt es hier einen Grundkonflikt zwischen der Bundesrepublik und de Gaulle? Doch nicht wegen harter oder weicher Haltung dem Osten gegenüber. Hier erwies sich de Gaulle härter als seine Vorgänger in der Vierten Republik, vor allen Dingen in der Berlin-Frage und hinsichtlich der Nichtanerkennung der DDR, aber auch mit dem Satz vom März 1959 in bezug auf die Oder-Neiße-Linie: Man könne über so etwas Evidentes mit dem Osten nicht verhandeln, weil man sonst Konzessionen machen müsse. Der wirkliche Unterschied liegt ganz woanders. Er liegt darin, ob der Ost-West-Konflikt auf lange Sicht das Rückgrat der internationalen Politik ist. Die Antwort in Deutschland lautet "ja", in Frankreich so ungefähr gleichgültig "nein". In Amerika antwortet man mit "ja", wenn man über die Atlantische Gemeinschaft spricht, und mit "nein", wenn man mit Rußland verhandelt.

De Gaulle spricht immer von der "Alliance Atlantique actuellement nécessaire". In der letzten Pressekonferenz am 31. Januar 1964 sagte er: "Le régime qui domine actuellement la Chine" - "Das Regime, das gegenwärtig China beherrscht". Seine Politik auf diesem Gebiet ist einfach: Solange es einen Ost-West-Konflikt gibt, gibt es ein Lager der Freiheit und ein Lager des Totalitarismus. Da aber die Nationen und die Staaten länger leben als die Ideologien und die Regime - und dabei kann man auch tüchtig helfen;- , muß sich das Weltbild einmal ändern. Dafür ist ein vereintes Europa das Idealbild. Vereintes Europa heißt aber nicht nur das Europa im Westen, das sich erst vereinen muß, um kräftig zu sein, sondern auch das Europa im Osten, das doch ebenfalls zu Europa gehört und das sich hoffentlich liberalisieren wird, vor allem weil es auch im Lager der Besitzenden steht, wogegen China der Anführer der Nichtbesitzenden ist.

Hier liegt eine grundsätzliche Schwierigkeit für die Bundesrepublik: Nicht nur, daß für sie der Ost-West-Konflikt ein dauerndes Wesenselement der Weltpolitik ist, sondern daß es für sie im Osten gewissermaßen kein Europa mehr gibt. Man hat manchmal in der Bundesrepublik den Eindruck, daß Karl Marx ein in Nischni-Nowgorod geborener Slawe sei und daß gewissermaßen das Abendland zwar nicht an der Elbe aufhöre, weil jenseits der Elbe noch Deutsche leben, doch aber an der polnischen Grenze. Hier besteht ein wesentlicher Unterschied zu der Einstellung in England oder Frankreich, wo man Stalin und Hitler, Karl Marx und Dostojewski, und was Sie noch alles nennen wollen, als scheußliche oder schöne Abwandlungen der gleichen gemeinsamen kulturellen und zivilisatorischen europäischen Geschichte betrachtet.

So gibt es letzten Endes eine Frage: Wie kann das Europa der Zukunft aussehen? Der berechtigte Vorwurf der Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik und Italiens gegenüber Frankreich besteht darin, daß Frankreich im Namen einer Zukunft, die noch lange aussteht, unsere Einigkeit im Ost-West-Konflikt zerstört. Hier liegt der schwerwiegendste Einwand gegen die französische Außenpolitik. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß hier auch der besondere Widerspruch in der deutschen Außenpolitik liegt. Man ist völlig auf den Ost-West-Konflikt eingespielt, obgleich man weiß, daß eine auch nur kleine Chance zur Wiedervereinigung erst nach der Überwindung dieses Konfliktes kommen kann. Solange es diesen Konflikt gibt, ist die Wiedervereinigung völlig ausgeschlossen.

Viel schlimmer als die Spaltung der beiden Teile Deutschlands aber ist die Entfremdung dieser beiden Teile untereinander, je länger eine Wiedervereinigung auf sich warten läßt. Das geht so weit, daß alles, was gegen diese Entfremdung helfen könnte, beinahe sofort als "aufweicherlich" angesehen wird, angefangen vom Berliner Abkommen im Dezember 1963, als ich die deutsche Presse überhaupt nicht verstanden habe, bis zum Zeitungsaustausch in den letzten Tagen.

Am 13. August 1961 ist in Berlin eine Mauer gebaut worden unter dem Vorwand, es gehe nicht etwa darum zu verhindern, daß man von Osten nach Westen fliehen könne, sondern daß vom Westen in den Osten "filtriert" werde. Im Dezember 1963 anerkennt der Osten, daß er 1961 gelogen hat. Anstatt dies auszuposaunen, erklärt die Presse der Bundesrepublik, man habe eine politische Niederlage erlitten. Es ist von meinem Standpunkt aus schwer zu verstehen, wie man behaupten kann, gegen die Entfremdung kämpfen zu wollen, und zugleich jedes Mittel zurückweist, das in diesem Kampfe helfen könnte.

Bondy

Haben Sie vielen Dank, Herr Grosser, für Ihre interessanten Ausführungen. Bevor wir die einzelnen Probleme diskutieren, bitte ich Herrn zu Guttenberg um sein Korreferat.

Freiherr zu Guttenberg

Ich möchte das Thema des heutigen Abends unter der besonderen Perspektive des Verhältnisses der deutschen Frage zur europäischen Einheit behandeln. Dazu will ich versuchen, einiges Aktuelle und Grundsätzliche zu sagen und zugleich auch in einigen Punkten auf das einzugehen, was Prof. Grosser soeben ausgeführt hat.

Das Verhältnis der deutschen Frage zur Einigungspolitik Europas war lange Zeit das Zentralthema der deutschen Innenpolitik. Etwa bis zum Jahre 1960 war es das eigentliche Streitobjekt. Die Frage war: Nützt oder schadet die absolute und unaufhebbare Westorientierung der Bundesrepublik dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung? Ich halte den Begriff der deutschen Wiedervereinigung nicht für glücklich gewählt. Nach meiner Meinung hätte man das vorrangige Ziel der deutschen Politik nicht mit einem terminus technicus benennen sollen, der lediglich die deutsche Einheit meint, von der deutschen Freiheit jedoch nichts sagt. Leider hat sich dies so eingebürgert. Hinzukommt, daß deutsche Wiedervereinigung im Sprachgebrauch heute die Selbstbestimmung für die Zone besagt. Das heißt aber nicht, daß dies und die Wiederherstellung der Hauptstadtfunction Berlins automatisch

und selbstverständlich auch die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 bezeichnet.

Zur Frage der Oder-Neiße-Linie nur kurze Bemerkungen: Mein Eindruck ist keineswegs, daß man der Bundesrepublik allgemein vorwerfen könnte, sie sei in diesem Punkte besonders intolerant. Es gab im Gegenteil sehr wenige wirklich intolerante Äußerungen der Vertriebenenpolitiker. Ich erinnere mich an einen, der einmal vorschlug, Verzichtserklärungen hinsichtlich der Oder-Neiße-Gebiete mit gerichtlichen Strafen zu belegen. Die Folge war eine einhellige Empörung in ganz Deutschland. Gerade in diesem Punkte ist eine geradezu erstaunliche Offenheit der Diskussion möglich.

In bezug auf die Oder-Neiße-Linie gibt es auch keine "Grundideologie" in der Bundesrepublik. Ich persönlich bin der Meinung - und mit mir wohl die Mehrheit des Bundestages;- , daß man diese Frage am Nutzen oder Schaden für die deutsche und westliche Sache messen muß. Vorzeitiges Zuerkennengeben einer Bereitschaft, hier erhebliche Zugeständnisse zu machen, würde der westlichen Seite insgesamt keinen Nutzen bringen.

Heute besteht in der Frage, ob zwischen Wiedervereinigungspolitik in Deutschland und Einigungspolitik in Europa ein Widerspruch besteht, prinzipielle Einigkeit zwischen den großen Parteien. Ich brauche in diesem Zusammenhang nur das Wort von Herbert Wehner zu zitieren, daß "der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands über die Einigung Europas führe". Diesem Satz stimme ich Wort für Wort zu.

Was die Auffassung der FDP zu dieser Sache angeht, so scheint diese mehr oder weniger unartikuliert zu sein. Grundstimmung und Grundgefühl dieser Partei vermitteln oft den Eindruck, daß der deutschen Frage Priorität vor der europäischen Einigung eingeräumt werden solle.

Die westlichen Bündnispartner der Bundesrepublik haben mit ihrer vertraglichen Übernahme der Verpflichtung zur deutschen Wiedervereinigung in Freiheit zumindest damals die Meinung vertreten, daß das westliche Bündnis auch der Weg zur Behebung der deutschen Probleme sei. Sie waren also damals der Auffassung, daß europäische Einigungspolitik, daß westliche Allianzpolitik und deutsche Wiedervereinigungspolitik sich nicht widersprechen, sondern mindestens miteinander vereinbar seien.

Das Problem, ob zwischen europäischer Einigungspolitik und deutscher Wiedervereinigungspolitik Widersprüche bestehen, ist jedoch nach wie vor innen- und außenpolitisch aktuell. Man muß nämlich davon ausgehen, daß die nicht gelöste deutsche Frage noch immer eine erhebliche potentielle Gefahr für das westliche Bündnis und auch für die Politik der Einigung Europas ist.

Ich sehe unverändert zwei mögliche Versuche: Die eine besteht darin, daß die Bundesrepublik eines Tages die westlichen Bindungen an die beginnende europäische Gemeinschaft und die westliche Allianz zur Diskussion stellen könnte, um gegen den Preis der Lockerung oder gar Aufgabe dieser westlichen Bindungen ein Arrangement mit dem Osten zu erreichen. Das ist - wohlgemerkt - nicht nur eine deutsche Versuchung. Es gab und gibt westliche Vorschläge, etwa aus Amerika und England, die das gleiche meinen. Unter dem Stichwort der entspannten Zone, der neutralen Zone sowie auch unter dem Stichwort: "die Deutschen ihre Probleme selber lösen zu lassen", hat es schon viele und zum Teil sogar "offizielle" westliche Vorschläge dieser Tendenz gegeben. Sie alle laufen im Grunde darauf hinaus, die deutsche Frage dadurch einer Lösung näher zu führen, daß die Westbindungen der Bundesrepublik eine Veränderung, eine Modifizierung erfahren sollen. Diese Versuchung tritt meist dort im Westen auf, wo man nach Wegen sucht, die Hypothek der deutschen Frage in Ehren loszuwerden.

Eine zweite Versuchung taucht immer wieder in der Bundesrepublik und im Westen unter der Überschrift auf, daß die westliche Wiedervereinigungspolitik, also die vereinbarte Deutschlandpolitik des Bündnisses, gescheitert sei. Im Namen eines sogenannten Realismus, der "Anerkennung der Wirklichkeit", wird den Deutschen geraten, sich bis auf weiteres mit der Teilung ihres Landes abzufinden und dem Status quo nicht mehr zu widersprechen.

In Deutschland gibt es naturgemäß weniger Stimmen, die eine derartige Politik vertreten, als im Ausland. Ich mache aber keinen Hehl daraus, daß auch in Deutschland ernst zu nehmende Überlegungen angestellt werden, ob man nicht aus Gründen des "Realismus", also aus Gründen einer in der Zwischenzeit entweder endlich erkannten oder aber gewandelten Wirklichkeit, auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit mindestens für heute verzichten sollte.

Prof. Grosser hat ein sehr wahres Wort über die "Entspannung" gesagt: Weite Kreise seien der Auffassung, man müsse die Entspannung zwischen Ost und West durch die Hinnahme des Status quo in Europa erreichen. Danach ist Entspannung also nicht mehr, wie wir das seither im Westen verstanden haben, eine Folge materieller Veränderungen des Status quo, sondern sie wird nunmehr

als Voraussetzung zu möglichen späteren Veränderungen des Status quo begriffen. Wenn das der Hintergrund der westlichen Entspannungspolitik ist - und ich teile in diesem Punkte Prof. Grossers Meinung;- , dann müssen sich die Deutschen also darüber klarwerden, ob sie einer "Entspannungspolitik" zustimmen können, die sie auffordert, sich mit der Teilung ihres Landes bis auf weiteres unwidersprochen zufriedenzugeben.

Man sollte diese Dinge offen aussprechen und sie aus dem "clair obscur" herausführen, in welchem sie gehalten werden, indem man eine Politik der "Entspannung durch Status quo" mit dem schmückenden Beiwort der "Bewegung" versieht. Ich kann dies nicht als Bewegung ansehen. Die Hinnahme des Status quo ist im Gegenteil eine Politik der Beharrung. Ich frage mich, ob die Deutschen, wenn ihnen klar gesagt wird, um was für eine "Art Entspannung" es sich hier wirklich handelt, dann auch so reagieren werden, wie zum Beispiel Prof. von Weizsäcker dies hofft. Er hat letztthin die Deutschen aufgefordert, doch nicht durch ihren "Provinzialismus" die Entspannung zu hindern. Das waren zwar nicht seine genauen Worte, aber es war die Absicht seiner Worte.

Prof. Grosser hat in diesem Zusammenhang formuliert, daß die Bundesrepublik gar kein Interesse an der Entspannung haben könne. Er meint, sie könne nur an der Spannung Interesse haben, weil sonst ihre "raison d'être" verlorengehe. Ich widerspreche dem, denn ich bin der Meinung, daß eine recht verstandene, im Interesse des gesamten Westens formulierte deutsche Politik nur vor einer falschen Entspannung warnen muß, die dem Irrtum huldigt, auf dem jetzigen Zustand des geteilten Europas wirkliche Entspannung auch erreichen zu können.

Die beiden Versuchungen, von denen ich sprach, jene des deutschen Arrangements mit dem Osten und jene der Hinnahme des Status quo, entstehen aus gleicher Quelle: nämlich aus der irrtümlichen Auffassung, daß die Wiedervereinigung in Freiheit deshalb blockiert sei, weil der bisher eingeschlagene Weg falsch sei. Es gab und gibt jedoch keinen "schnellen Weg" zur Wiedervereinigung. Die deutsche Teilung ist entstanden und wird aufrechterhalten durch den Willen der Sowjetunion, die außerdem die Macht hat, ihren Willen dort, wo sie steht, auch durchzusetzen. Solange weder Macht noch Willen der Sowjetunion entscheidend geändert oder beeinflusst werden kann, gibt es auch keinen wirklichen Schritt nach vorn. Dies war den Einsichtigen von Anfang an klar.

Ich komme noch einmal auf die "Versuchungen" zurück, von denen ich gesprochen habe. Die einen sagen, die Westpolitik der Bundesregierung sei eine Sackgasse gewesen, sie habe zu keinem Erfolg geführt, sie sei gescheitert. Man müsse aus diesem Grunde einen neuen Weg suchen, und man glaubt, diesen neuen Weg dann manchmal in einer "nationalen Prozedur" der Wiedervereinigung zu finden, da ja die internationale Prozedur, nämlich jene über das Westbündnis, versagt habe.

Die anderen sagen, daß die Westorientierung nicht nur zu keinem Ergebnis in Sachen der deutschen Einheit und Freiheit geführt, sondern darüber hinaus den Status quo sogar verhärtet habe. Man könne heute nichts mehr ändern. Sie ziehen dann daraus den Schluß, es sei nur realistisch, zumindest die Forderung nach der deutschen Einheit aufzugeben. Die so reden oder so denken, werden manchen Vorschlägen Prof. Grossers beipflichten. Er hat sich darüber gewundert, daß die deutsche Presse am Jahresende die Passierscheinregelung in Berlin so negativ kommentiert habe. Nach meiner Erinnerung hat die deutsche Presse die Passierscheinsache zunächst überwiegend positiv beurteilt, und es gab außer einigen wenigen negativen und kritischen Stimmen der CDU/ CSU eigentlich in der ganzen Bundesrepublik anfangs kaum ernsthafte Gegenstimmen gegen diese Regelung. In der Zwischenzeit hat die Skepsis sich und ich bin dafür dankbar - vermehrt.

Prof. Grosser sagte in diesem Zusammenhang, er sehe nicht recht, wie man einerseits für die deutsche Politik in Anspruch nehmen könne, daß sie eine Entfremdung der getrennten Teile Deutschlands aufzuhalten suche, während sie andererseits doch in Wirklichkeit die mögliche Aufweichung der stalinistischen Situation in der Zone ablehne. Mir scheint, Prof. Grosser sieht nur die Hälfte des Problems; denn man wird die Frage nicht verschweigen dürfen, welche Preise von der kommunistischen Seite gefordert werden, um vorübergehende "Aufweichungsaktionen" zuzulassen. Welche Preise wären in Zukunft auf dem Wege einer solchen - ich nenne es einmal Passierscheinpolitik - zu zahlen?

Ich glaube nicht, daß sich wirkliche Aufweichung tatsächlich dadurch erreichen läßt, daß die Zone jederzeit aufhebbare und einmalige Konzessionen macht, während der Westen Zugeständnisse im Hinblick auf die Anerkennung der Zone als Gesprächspartner machen würde, die eben nicht mehr revokabel sind.

Ich stimme mit Prof. Grosser überein, daß man sehr genau zwischen Freiheit und Einheit unterscheiden muß; das bedeutet auch, daß sich deutsche Freiheit im Westen sehr viel besser vertreten läßt als deutsche Einheit. Ich bin aber andererseits der Auffassung, daß man über das

Problem der deutschen Einheit nicht hinweggehen kann, ohne die deutsche Freiheit entscheidend zu gefährden. Die beiden genannten Versuchungen münden in den Vorschlag einer "neuen Politik". Es handelt sich aber um Täuschungen, die verheerende Konsequenzen haben müßten. Die erste Täuschung besteht darin, daß es gestern, heute oder morgen eine Wahl für die deutsche Politik zwischen Wiedervereinigung und Bündnispolitik gegeben habe oder geben könne. Es gibt sie nicht, mindestens solange nicht, als es einen Ost-West-Konflikt gibt.

Prof. Grosser betonte, der Ost-West-Konflikt sei geradezu ein Wesenselement der Bundesrepublik. Ich kann dem nicht zustimmen. Es ist allerdings richtig, daß es ohne den Ost-West-Konflikt ein anderes Deutschland und nicht die Bundesrepublik gäbe. In unserem Selbstverständnis hat sich dieser aus den Westzonen entstandene Staat zwar immer als Deutschland, aber immer auch als ein unvollendetes Deutschland begriffen. Damit ist gesagt, daß zum Wesenselement der Bundesrepublik nicht die behauptete Fortdauer des Kalten Krieges gehört, sondern daß es im Gegenteil in ihrer Wesensstruktur liegt, mit dem Ende des Kalten Krieges auch ihre Vollendung zu erfahren.

Wer so über die Dinge nachdenkt, wird die deutsche Teilung als eine Konsequenz, als ein Resultat des Kalten Krieges begreifen müssen und sie nicht für eine seiner Wurzeln halten. Deshalb stimme ich Prof. Grosser völlig zu, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit auch nur das Ergebnis der Beendigung des Kalten Krieges sein kann. Um es präzise zu sagen: Nicht die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit wird den Kalten Krieg beenden, sondern lediglich das Ende des Kalten Krieges kann die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit bringen. Wer also in Deutschland - ganz Deutschland - die Freiheit wünscht, muß das Ende des Kalten Krieges und nicht die Fortdauer der Spannung wünschen. Aber er muß auch vor der Illusion warnen, daß der Kalte Krieg anders beendet werden könne als durch eine Änderung der sowjetischen Politik.

Wiedervereinigungspolitik und Westpolitik sind miteinander identisch, weil die deutsche Westpolitik ein Beitrag zur Stärkung und Einigung des Westens ist. Dies ist der einzige Weg, um den Westen instand zu setzen, im Kalten Krieg erfolgreich zu bestehen. Ich gehe so weit zu sagen, daß die Politik der europäischen Einigung das einzig wirklich aktive Mittel deutscher Ostpolitik ist, das einzig aktive Mittel, um dazu beizutragen, die Spannungen im Kalten Krieg aufzulösen und schließlich den Kalten Krieg selbst zu beenden.

Der Kalte Krieg ist ein Resultat des kommunistischen Weltrevolutionsbegehrens. Wer den Kalten Krieg zu beenden wünscht, muß versuchen, den sowjetischen Willen zu beeinflussen, indem er den kommunistischen Zukunftsglauben erschüttert. Es gibt hierzu kein besseres Mittel als die Entschlossenheit, gegen die Wirklichkeit des kommunistischen Neokolonialismus in Osteuropa die Realität der freiwilligen Integration freier Völker in Westeuropa zu setzen.

Eine andere Täuschung liegt in der Annahme, daß das deutsche Problem allein ein Problem der Deutschen sei. Die deutsche Teilung ist ein Teil der Teilung Europas. Sie ist ein objektives europäisches Problem, ja sogar ein objektives Problem der ganzen westlichen Welt. Es ist nicht durch irgendeine Neuorientierung der Politik der Bundesregierung zu lösen. Unsere westlichen Partner haben hier nicht etwa eine "querelle allemande" vor sich, so daß es sozusagen nur guten Zuredens bedürfe, um sich von dieser deutschen Hypothek durch eine etwas tolerantere Politik der Bundesregierung zu befreien.

Ein uns allen bekannter Journalist hat letzthin in Amerika ein Gespräch mit einem der engsten Berater Johnsons geführt und diesem die Frage gestellt: "Ist nach Ihrer Meinung die Anerkennung der Zone ein Problem, das die amerikanische Politik selbst betrifft?" Der amerikanische Gesprächspartner hat dies verneint. Wenn die deutsche Politik in diesem Punkte ihre Meinung änderte, würde Amerika hierzu selbstverständlich seinen Segen geben. Ich habe volles psychologisches Verständnis für diese Auffassung und weiß, daß man in weiten Kreisen so denkt. Demgegenüber müssen wir aber darauf bestehen, daß dieses deutsche Problem nicht nur ein subjektives Problem deutscher Gefühlseligkeit, sondern ein objektives Problem der atlantischen Sicherheit ist. Denn in dem Augenblick, in dem hier in Deutschland irgend jemand - ohne daß man ihm sachlich widersprechen könnte - auftreten und erklären könnte, die Westorientierung Deutschlands sei eine Sackgasse gewesen, sei gescheitert, habe sich als eine bewußte oder unbewußte Täuschung der Regierungen Adenauers und der westlichen Partner erwiesen - in dem Augenblick also könnte mit moralischem Aplomb gefordert werden, daß nun statt der Westorientierung Deutschlands zwar nicht eine Hinwendung zum Osten, aber eine Abwendung vom Westen und eine Hinwendung zur Neutralität statthaben solle. Wer dann so redete, müßte erheblichen Zulauf haben.

Ich darf Sie daran erinnern, daß kurz nach dem Bau der Berliner Mauer einflußreiche Presseorgane in der Bundesrepublik bereits ähnlich geschrieben haben. Beispielsweise hat damals die auflagenmäßig größte deutsche Zeitung, die Bildzeitung, die Balkenüberschrift "Verraten und verkauft?" gedruckt.

Diese Stimmung ist also möglich, und sie kann morgen in einem solchen Falle weite deutsche Kreise erfassen. Jedenfalls bedeutet es keine "Sicherheit", wenn man heute feststellt, daß man nicht gerade überall und dauernd enthusiastischen Äußerungen des deutschen Wiedervereinigungswillens begegnet. Vor der Saarabstimmung hat man auch keine derartigen Äußerungen zu diesem Thema im Saargebiet gehört. Kaum war aber der Aufhänger da, entstand von heute auf morgen im Saargebiet ein Wahlkampf, der viele Zeichen eines nationalistischen romantischen Rauschzustandes trug. Es bedarf nur eines derartigen Anlasses, um eine ähnliche Entwicklung in ganz Deutschland anzustoßen, und man wird, fürchte ich, unangenehme Wunder erleben.

Wenn ich Sie recht verstanden habe, Herr Grosser, sind Sie der Meinung, daß die bisherige Politik in Deutschland der Maxime gefolgt sei: Lieber keine Wiedervereinigung als eine solche unter gewissen Gefahren. Die Gefahren, die Sie mit dem Beiwort "gewisse" versehen haben, sind jedoch Lebensgefahren. In dem Moment, in dem ein moralisch begründeter Vorwurf gegen die Westpolitik erhoben werden könnte, werden vitale Gefahren für die innere Stabilität der Bundesrepublik und damit für die Stabilität des Bündnisses selbst auftreten. Das scheint mir das "objektive Problem" zu begründen, von dem ich eingangs gesprochen habe.

Ich glaube also, daß man den Deutschen zwar zur Geduld raten muß und daß sie auch in der Lage sind, diese Geduld aufzubringen; aber man darf keine Politik vertreten, die hinsichtlich der deutschen Einheit Verzicht bedeutet oder als Verzicht ausgelegt werden könnte. Eine derartige Politik müßte auch das Ende der Hoffnung auf europäische Einigung bedeuten.

Herr Grosser hat dann über den deutsch-französischen Vertrag gesprochen. Er sagte, die Situation zwischen Deutschland und Frankreich sei heute etwas ernüchtert. Er hat recht. Ich halte dafür, daß der Abschluß des deutsch-französischen Vertrags eine Art Schlußpunkt unter eine Entwicklung bedeutete und daß leider auf diesen Schlußpunkt nichts Neues gesetzt wurde. Die Frage ist nur, ob das so sein muß und der Vertrag nicht auch Neues zu initiieren hatte. Ich habe der deutschen Politik, meiner eigenen Regierung, in etwa vorzuwerfen, daß sie dieses Instrument nicht entsprechend benutzt hat.

Bondy

Wollen Sie mir erlauben, mit dem Dank aller hier Anwesenden an die beiden Referenten ganz wenige Bemerkungen zu verbinden. Einmal möchte ich persönlich Herrn Dr. Körber sehr danken, daß er es dem Kongreß für die Freiheit der Kultur ermöglicht hat, sich heute dem schon lange bestehenden und, abgesehen von der menschlichen Atmosphäre, auch organisatorisch ausgezeichneten Bergedorfer Gesprächskreis zu assoziieren. Herr Dr. Körber hat die Idee, die unter uns nach einem der Bergedorfer Gespräche aufkam, ein Gespräch über Deutschland einmal ganz international aufzureißen, sofort aufgenommen und ihre Verwirklichung auf das großzügigste ermöglicht.

Wir haben zwei bei allem Einverständnis doch sehr verschiedene Stellungnahmen gehört, von denen die französische gegenüber der Entwicklung der französischen Außenpolitik kritischer gewesen ist als die deutsche. Keiner der Referenten ist Gaullist. Aber immerhin ergab sich auch hier das, was Frhr. zu Guttenberg die "schiefe Schlachtordnung" nannte, insofern als die stärkeren Argumente zugunsten der gaullistischen Konzeption Europas von der deutschen Seite gekommen sind und nicht von der französischen.

Die Thesen wiesen in drei Richtungen: Einmal gewisse Tabuisierungen der deutschen Ostpolitik, die man auflockern könnte oder die im Gegenteil ihren tieferen Sinn haben. In welcher Art kann die Bundesrepublik in der Entspannung, in der neuen Beziehung zur Sowjetunion und vor allem auch zu den osteuropäischen Staaten eine positivere Rolle spielen als bisher?

Dann die Frage der westeuropäischen Integration: Inwieweit könnte auch hier die Bundesrepublik als wichtigster Partner in Europa heute eine andere, stärker engagierte Rolle spielen?

Zum Dritten sind wir alle innerhalb des atlantischen Paktes vor allem jener Situation untergeordnet, in der zwei Mächte über die atomare Möglichkeit verfügen, das Menschengeschlecht auszurotten. Diese beiden haben sich gemeinsam trotz aller Gegensätze geeinigt, sich gegen den Krieg zu verbünden. Können wir in dieser Lage das festhalten, was man im Osten Polyzentrismus nennt, was aber auch von de Gaulle aus im Westen Polyzentrismus ist? Denn Polyzentrismus ist die Chance, daß auch kleinere Mächte wieder Zentren werden. Könnte Europa als eigenständiges Machtzentrum mit eigener Außenpolitik im Rahmen eines solchen Polyzentrismus dem Westen etwas geben, oder würde es im Gegenteil innerhalb der heutigen Konstellation, in der wir Entspannung und Frieden brauchen, das atlantische Bündnis schwächen? Diese Frage ist so deutlich nicht gestellt worden, sie war aber implizit angeklungen.

Ich glaube, diese drei Fragen geben bereits Themen genug. Wir sollten sie hier nicht systematisch trennen, denn wir haben ja bei den Referaten gesehen, wie eines zum anderen kommt und wie jeder auf seine Art findet, daß Trennungen solcher Fragen, die zusammengehören, Gefahren mit sich bringen könnten.

Die Diskussion ist also völlig frei, ohne daß ich jetzt irgendeines der drei Themen besonders in den Vordergrund stelle. Es wird sich aus den Voten ergeben, in welcher Richtung es unter uns Spannungen oder bereits Verständigung gibt.

Schmidt

Sie haben gesagt, Herr zu Guttenberg, wer die Wiedervereinigung und Freiheit für die Deutschen wolle, der müsse wissen, daß dies nur am Ende des Entspannungsprozesses denkbar sei. An anderer Stelle haben Sie vor einer falsch verstandenen Entspannungspolitik gewarnt. Diese beiden Auffassungen sind sicherlich ohne logischen Bruch miteinander vereinbar. Mir drängt sich aber die Frage auf: Was ist in Ihren Augen eine "richtig verstandene" Entspannungspolitik?

Freiherr zu Guttenberg

Ich habe versucht klarzumachen, daß die Quelle des Kalten Krieges das unverändert anhaltende Weltrevolutionsbegehren der Sowjetunion ist. Mit anderen Worten, wenn der Kalte Krieg zu Ende gehen soll, muß die Sowjetpolitik sich ändern. Das ist keine Forderung von mir, sondern eine Feststellung des logischen Zusammenhangs. Um die Sowjetpolitik zu ändern, muß der Westen eine bestimmte Haltung entwickeln. Die Haltung der "Entspannung" gegenüber einer unveränderten Sowjetpolitik führt jedoch zur Selbstbestätigung des Gegners, der dann den Kalten Krieg nur vermehrt weiterführen wird. Wirkliche Entspannungspolitik muß vielmehr darin bestehen, unverändert die legitimen Forderungen des Westens aufrechtzuerhalten; nur auf diese Weise kann der revolutionäre Wille der Sowjetunion zum Erlahmen gebracht werden.

Windsor

Wenn man warten will, bis die Russen ihre Politik geändert haben, bis sie auf den Weltkommunismus und die Weltrevolution verzichtet haben, kann man sofort und für immer die Hoffnung auf Wiedervereinigung Deutschlands aufgeben. Wenn man aber versucht, den Kalten Krieg als ein politisches Phänomen zu verstehen, ist es gar nicht ausgeschlossen, daß in Europa eine Liquidation des Kalten Krieges zustande kommen könnte, während die Kommunisten die Weltrevolution noch weitertreiben.

Der Kalte Krieg ist ein Phänomen der Vorkriegsgeschichte, das heißt des Streites der Großmächte über Deutschland. Man hat sich wohl immer gegen Deutschland, aber nicht über Deutschland einigen können. Nach dem Patt in Europa ist die kommunistische Weltrevolution noch weitergetrieben worden. Ich halte es für kein erstaunliches Ergebnis, daß Chruschtschow sich gleichzeitig zur Weltrevolution und zur friedlichen Koexistenz bekannte in dem Augenblick, als er die definitive Teilung Deutschlands verlangte - ungefähr im Juli 1955. Seitdem hat er immer auf der dauernden Teilung Deutschlands bestanden, die in russischer Sicht die Voraussetzung für eine stabile Regelung des Kalten Krieges gewesen ist, aber die Weltrevolution in Kuba, Laos und so weiter vorangetrieben.

In dieser Situation könnte es wohl möglich sein, daß Rußland und Amerika sich allmählich über die Liquidation des Kalten Krieges in Europa einigen, obwohl sie sich in anderen Teilen der Welt noch bitter bekämpfen. Das bedeutet nicht, daß Deutschland bald wiedervereinigt wird, aber es könnte den europäischen Nationen, insbesondere Deutschland, mehr Spielraum und bessere Möglichkeiten geben, das Schicksal der 17 Millionen Menschen in der Zone zu erleichtern. In der Dritten Welt aber hätten auch sie die Aufgabe, wirtschaftlich, politisch, propagandistisch, kulturell gegen die Weltrevolution zu kämpfen. In diesem Kampf wird entscheidend, wer wen von der Dritten Welt isolieren kann: die Westmächte oder die Russen. Aber völlig vereinbar mit diesem Kampf wäre die Bildung des "Europa" und auf dem strategischen Niveau die Bildung einer gewissen Allianz zwischen Amerikanern, Europäern und Russen gegen den Krieg selbst.

Bondy

Sie sagten: in der "Dritten Welt". Das ist auch unser französischer Ausdruck für die unterentwickelten Länder. Sie meinten, die Deutschen sollen in diesem Teil der Welt gegen kommunistischen Einfluß kämpfen, wenn ich recht verstanden habe. Heißt kämpfen Kredite geben?

Es gibt in der Sowjetunion die Konzeption der Weltrevolution, wie es in den anderen Gesellschaften etwa das Bekenntnis zum Christentum und anderen prinzipiellen Grundlagen gibt. Daneben aber besteht auch das Prinzip, das Churchill 1945 so ausgedrückt hat: "What we have we hold". Die Frage ist, ob wir davon ausgehen, daß zu bestimmten Gebieten, die Rußland nach dem Kriege zusammengerafft hat, neben anderen osteuropäischen Ländern auch ein Stück Deutschland gehört. Gehört das Infragestellen dieses Gebietsstandes zur Entspannungspolitik, oder gehen wir davon aus, daß die Haltung der Sowjetunion, einfach zu behalten, was sie gewonnen hat, eine Grundlage der Entspannung sein kann? Das glauben alle anderen westlichen Länder, das glaubt aber die Bundesrepublik nicht.

Allemann

Hier anknüpfend, möchte ich eine Frage an Herrn zu Guttenberg stellen. Wenn Sie sagen, daß das Ende des Kalten Krieges eine Revision der seit 1945 betriebenen sowjetischen Politik voraussetzt, dann erhebt sich meiner Meinung nach sofort die zweite Frage: Was kann der Westen tun, um auf diese Revision zu drängen? Wie kann der Westen die sowjetische Politik beeinflussen?

Ich weiß nicht recht, ob Sie einfach glauben, daß die Fortsetzung der bisherigen westlichen Haltung, die bis heute vollkommen ergebnislos gewesen ist, das einzige ist, was Sie als Möglichkeit sehen, um die sowjetische Politik von den Zielen abzubringen, deren Verfolgung den Kalten Krieg hervorruft.

Freiherr zu Guttenberg

Mir leuchtet Ihr Argument nicht ein. Sie sagen, es habe sich nichts geändert, die bisherige Politik des Westens sei also erfolglos.

Allemann

Bisher wenigstens.

Freiherr zu Guttenberg

Zum anderen aber heißt es doch, daß sich drüben bereits einiges geändert habe.

Grosser

Herr Allemann hat gesagt: "nicht durch uns". Er hat nicht gesagt, daß sich drüben nichts verändert habe.

Freiherr zu Guttenberg

Sie haben das dialektisch geschickt gemacht, Herr Grosser, aber Herr Allemann hat es so nicht gesagt.

Um aber das Problem zusammenzunehmen: Ich glaube nicht, daß man einerseits sagen kann, die bisherige Politik des Westens sei hinsichtlich einer Änderung der Sowjetpolitik erfolglos gewesen, andererseits aber vermuten kann, die Voraussetzungen für eine Entspannung seien nun eingetreten.

Allemann

Ich habe nur eine Frage an Sie gestellt: Welche politischen Möglichkeiten sehen Sie für den Westen, die sowjetische Haltung zu beeinflussen? Das war eine reine Frage, in der nicht einmal Polemik enthalten war.

Freiherr zu Guttenberg

Herr Allemann, Sie werden mir recht geben, daß das Argument oft lautet: Die bisherige westliche Politik muß geändert werden, weil sich auf der anderen Seite viel geändert hat. Ich verstehe das nicht recht. Wenn sich nämlich auf der anderen Seite etwas geändert hat, dann ist es doch immerhin möglich, daß die bisherige westliche Politik die Voraussetzungen für diese Veränderungen schuf. Widerspricht man sich nicht selbst, wenn man erklärt, man solle die Politik ändern, die - mindestens möglicherweise den Erfolg zeitigte, den man sich gewünscht hat?

Sie persönlich haben nicht so argumentiert. Sie fragen mich, der ich behaupte, drüben habe sich noch nichts Entscheidendes geändert, ob ich nicht der Meinung sei, deshalb neue Wege suchen zu sollen, weil kein Erfolg festzustellen sei.

Ich bin der Auffassung, daß die bisherige westliche Politik viele Erfolge gezeitigt hat. Die Sowjetunion braucht heute eine Atempause. Sie hat sich auf vielen Gebieten im Wettbewerb mit dem Westen offenbar verschlechtert. Sollte man diese Atempause nicht wenigstens zu kleinen Schritten nach vorne nützen? Aber doch nicht dadurch, daß man westlicherseits Konzessionen anbietet.

Allemann

Meine Frage lief eigentlich darauf hinaus, ob Sie eben diese kleinen Schritte, die nach Ihrer Meinung in dieser Situation möglich wären, konkretisieren könnten.

Freiherr zu Guttenberg

Gerne will ich das tun. Wenn ich mir zum Beispiel die Passierscheinverhandlungen ansehe, muß ich leider feststellen, daß man offenbar die Möglichkeiten nicht ausreichend genutzt hat, die es im Dezember 1963 gab. Wie man heute aus mancherlei Quellen weiß, stand Herr Ulbricht damals unter einem gewissen Druck der Sowjets. Man hat aber nicht versucht, sich diese Situation nutzbar zu machen; ein typischer "kleiner Schritt", der unterlassen wurde.

Prittie

Sie haben gesagt, Herr zu Guttenberg, die Teilung Deutschlands sei das Resultat einer ganz bestimmten sowjetischen Politik, und solange die sowjetische Politik die gleiche bleibe, sei eigentlich nichts zu machen. So habe ich Sie verstanden.

Als Engländer habe ich von der Bundesrepublik drei Dinge erwartet und erhofft: Erstens die politische und wirtschaftliche Stabilität. Ich denke, das ist so ziemlich erreicht worden. Zweitens die Idee der Partnerschaft mit den westlichen Staaten, und ich meine, da hat man schon sehr viel gemeistert. Ich glaube, daß Deutschland sowohl innerhalb der NATO als auch in bezug auf die Verständigung mit Frankreich augenblicklich fast das Musterkind in Europa ist. Drittens habe ich eine gewisse Phantasie in der Außenpolitik erwartet. Die ist jedoch völlig ausgeblieben.

Ich möchte nun einige Vorschläge machen: Warum kann die Bundesrepublik nicht etwas in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion erreichen? Warum sollte man den Sowjets nicht in aller Offenheit erklären, daß das Ulbricht-Regime eine Gefahr, eine Belastung für sie sei? Der deutsche Botschafter in Moskau, Kroll, hat das versucht, er ist aber nach Deutschland zurückgeschickt worden. Dr. Adenauer selbst hat einen gewissen Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Russen gezeigt. Die Deutschen müssen den Russen das deutsche Problem immer wieder klarmachen.

Warum kann man die Hallstein-Doktrin nicht vollkommen abschreiben? Sie hat etwas erreicht, ist nun aber für die deutsche Politik nicht mehr interessant. Die Bundesrepublik könnte beginnen, zu Polen, zur Tschechoslowakei und zu Ungarn in ein näheres Verhältnis zu kommen. Damit wäre viel zu erzielen. Man erkennt bereits die Wirkungen der Entspannung auf diese Länder. Jetzt ist es wichtig, daß die Deutschen von sich aus etwas unternehmen. Die Deutschen müssen auch von der europäischen Entspannung profitieren. Ein näheres Verhältnis zu Polen und zur Tschechoslowakei hieße, diese Länder davon zu überzeugen, daß ein vereinigtes Deutschland keine Gefahr für sie sei. Man muß darüber reden, und dafür braucht man deutsche Botschafter in Warschau und in Prag.

Vielleicht könnte man ein wenig mehr in dem Verhältnis zur sogenannten DDR erreichen, nicht auf offizieller Basis. Ich komme dabei auf die Idee von Karl Jaspers zurück, daß es die wesentlichste Pflicht der Westdeutschen wäre, nach Wegen zu suchen, die die Lebensbedingungen der 17 Millionen Ostdeutschen verbessern können. Und man muß Tatsachen anerkennen. Es geht jetzt ein bißchen besser in der Zone. Man hungert nicht mehr, und die Gefängnisse sind nicht mehr voll besetzt. Das sind Nebenprodukte der europäischen Entspannung. Lassen Sie das "Neue Deutschland" nach Hamburg kommen, wenn "Die Zeit" in Dresden und in Leipzig gelesen werden kann. Verhandeln Sie mit den zonalen Stellen über Pässe für Westberliner, ohne dem Ulbricht-Regime Anerkennung zu schenken.

Weiterhin ist es sehr wichtig, das deutsche Anliegen auf Wiedervereinigung den Westmächten verständlich zu machen. Dieses Problem ist natürlich für die westlichen Politiker verständlich, für die Westvölker jedoch ist es nur eine ganz vage Idee. Wenn man zu einem gewöhnlichen Engländer sagen würde: "Ist es nötig, daß Deutschland überhaupt wiedervereinigt werden soll?", dann würde er antworten: "Laß die Deutschen mir das erst einmal erklären, vielleicht werde ich dann daran interessiert sein." Trotzdem gibt es in England sehr viel guten Willen für die deutsche Sache, nur muß der Engländer wissen, daß die Deutschen fähig sind, für ihre eigene Zukunft zu planen. Das könnten die Deutschen im Rahmen der allgemeinen europäischen Interessen leisten.

Ich persönlich denke, daß - pragmatisch gesehen die Deutschen so viel für sich selbst tun könnten, daß ich wirklich etwas entsetzt bin über die Vorstellung von Herrn zu Guttenberg, daß das deutsche Problem ein europäisches Problem sei und daß eigentlich die Europäer dieses Problem für die Deutschen lösen müßten und nicht die Deutschen selbst.

van Dijk

Ich möchte mich Herrn Prittie anschließen und Herrn zu Guttenberg fragen, wieso die Wiedervereinigung nicht ausschließlich ein subjektives deutsches Verlangen sei, sondern daß es einen objektiven Grund dafür gäbe. Ich habe das nicht deutlich verstanden. Wenn wir nach Westdeutschland kommen, machen wir eine ähnliche Erfahrung wie ein Westdeutscher, der nach Polen kommt. Auf allen Wegen sehen wir in Schaukästen eine Karte vom geteilten Deutschland und darauf die Proteste. Wir entnehmen als Holländer daraus, daß dieses Verlangen aller Westdeutschen nach Wiedervereinigung ein emotionelles ist. Wenn man als Holländer gerade am 4. oder 5. Mai, den wir als Tag der Befreiung von der deutschen Besetzung feiern, auf deutschen Boden kommt, fühlt man dies besonders stark. Spricht man mit den Deutschen und hört von ihren Erfahrungen mit der Spaltung, dann versteht man das und kann sich hineinfinden. Außerhalb der Bundesrepublik wird das aber nicht immer so verstanden. Die Politik in Deutschland wird stets mit Rücksicht auf diese unseres Erachtens nationalistischen Gefühle betrieben, weil die deutschen Politiker fürchten, sonst Wählerstimmen zu verlieren.

Ich glaube, wenn die Deutschen bei ihren westlichen Bundesgenossen wirklich den Anklang finden wollen, den sie wünschen, müssen sie das ganze Problem anders "verkaufen". Man muß den Eindruck vermeiden, daß der Nationalismus in Deutschland stärker sei als der Wunsch nach einem vereinigten Europa. Man sollte den Holländern, den Belgiern und den Franzosen irgendwie deutlich machen, daß die europäische Einheit den Vorrang vor dem Verlangen nach der Wiedervereinigung hat.

Mozer

Ich glaube in der Tat, daß Holland an diesem ganzen Problem der deutschen Wiedervereinigung mehr Interesse hätte, wenn man das Freiheitsproblem stärker in den Vordergrund stellen würde als das rein staatsrechtliche Problem.

Lassen Sie mich noch auf ein anderes Problem eingehen, das Herr Grosser berührte, als er sagte, daß Holland sich jetzt in der Frage des Verhältnisses zu England anders eingestellt hätte. Ich glaube, da liegt ein Irrtum vor. In der holländischen Politik wollte man stets auch im Rahmen der Sechs zu einer politischen Union auf übernationaler Struktur kommen. Die Holländer haben in einer Konstruktion, wie sie de Gaulle vorschlägt und wie sie im Plan Fouchet vorgeschlagen wurde, das Bedürfnis, England dabei zu haben. Die Konzeption ist doch, daß in dem Augenblick, wo man eine Struktur à la Fouchet-Plan bekommt, das heißt ohne England, wir Holländer das Gefühl haben, daß wir einfach im Schlepptau der französischen Politik sitzen, ohne die Möglichkeit einer wirklichen Mitbestimmung zu haben.

Eine politische Union mit einer übernationalen Struktur ist akzeptabel auch ohne England. Ja, man müßte sie wahrscheinlich auch zunächst einmal ohne England schaffen, denn die Engländer sind nach meiner Meinung dazu im Augenblick nicht bereit.

Wenn man aber nur eine Koalitionsstruktur bekommen kann, da bin ich, gleich der holländischen Regierung, der Auffassung, daß man dann einfach die "balance of power" - Politik wieder einführen sollte, die die englische Regierung bei ihrer Entscheidung im Sommer 1961 aufgegeben hat. Sie ist jetzt wieder eingeführt durch Herrn de Gaulle.

Gross

Ich glaube, daß Herr Prittie mit seinem Diskussionsbeitrag schon zu weit vorangeschritten ist. Bevor wir uns um eine neue Politik bemühen, sollten wir zunächst die alte darstellen und verständlich machen. Ich möchte die einleitende Bemerkung von Prof. Grosser zur deutschen Ostgrenze aufgreifen. Es ist doch im Grunde nicht erstaunlich, daß Leute, die den Verzicht auf jahrhundertlang deutsche Gebiete vorschlagen, nicht zuerst auf allgemeinen Enthusiasmus rechnen können, sondern daß ein Widerspruch in der besonderen Form der Entrüstung geäußert wird. Aber mehr als der Zuruf "unerhört! unerhört!" ist niemandem in der Bundesrepublik, der sich für solche Verzichte ausgesprochen hat, je widerfahren.

Nun zu dem von Prof. Grosser bezeichneten Problem der zunehmenden Entfremdung zwischen den beiden deutschen Teilen. Herr Grosser hat hier zwei Dinge als miteinander zusammenhängend dargestellt, die keineswegs notwendig zusammenhängen, nämlich die Pflege innerdeutscher Kontakte als angebliches Ingredienz einer deutschen Entspannungspolitik - typisch dafür sind die Passierscheine für die Westberliner, Zeitungsaustausch und dergleichen und zum anderen das Verlangen nach deutscher Teilnahme an einer allgemeinen Entspannungspolitik.

Unsere offizielle Politik ist es stets gewesen, gesamtdeutsche Kontakte zu erhalten, nicht freilich als Ausdruck der Beziehungen zwischen zwei Staaten. Ein Beispiel ist etwa die gesamtdeutsche Olympiamannschaft. Wir sind es, die für die Beibehaltung dieser Mannschaft kämpfen; das Regime jenseits der Elbe würde zwei getrennte Equipen vorziehen.

Die Kampagne zugunsten einer Passierscheinregelung basiert auf dem merkwürdigen Argument, daß die Teilung durch zunehmende Entfremdung verstärkt werde, daß deshalb die Entfremdung durch Kontakte beseitigt werden solle. Kontakte sind nur durch die Hinnahme von Anerkennung oder Aufwertung des gegnerischen Regimes möglich, das heißt, es wird die Aufgabe des Ziels der Wiedervereinigung postuliert in der Hoffnung, ihm dadurch näher zu kommen.

Beim projektierten Zeitungsaustausch ist in der Tat beklagenswert, wie miserabel die Bundesregierung zunächst operiert hat. Aber man muß auch, wenn man ihre Politik würdigen will, die Hindernisse erkennen, denen sie sich gegenüber sah.

Wir haben seit 1949 eine Verfassung, welche die Bundesrepublik in der Formulierung bestimmter Art von Politik behindert. Unser Grundgesetz stellt in gewisser Weise eine konstitutionelle politische Selbstfesselung dar, weil es im Gegensatz zu anderen Verfassungen nicht nur die Organe des Staates konstituiert und ihre Funktionen regelt, sondern nach dem herrschenden Verständnis des Textes den Inhalt der von diesen Organen zu betreibenden Politik bestimmt. Abkürzend könnte man von den drei "W" sprechen: Wiedervereinigung, Wiederaufbau und Wiedergutmachung.

Leider haben uns die politischen Juristen und der politische Wille gefehlt, die auf Wiedervereinigung durch einfache Angliederung besetzten Gebietes gerichtete Erwartung der Verfassung, die zum Beispiel der Präambel, Art. 23 GG und der ganzen Kontinuitätsthese Bundesrepublik - Deutsches Reich 1871 zugrunde liegt, umzudeuten, sie verfassungspolitisch zu entaktualisieren, um mehr Handlungsspielraum zu gewinnen. Weil das nicht geschehen ist, glaubt die Bundesregierung heute, Verfassungsgründe gegen die Herstellung derartiger Kontakte wahrzunehmen.

Allemann

Können Sie bitte konkretisieren, wo die verfassungsmäßigen Hemmungen in diesem speziellen Fall liegen?

Gross

Das ist, nur als Beispiel, Art. 21 GG mit seinem politischen Automatismus, der zum KPD-Verbot führte, weil der Linksradikalismus nicht gegen den Rechtsradikalismus privilegiert sein sollte. Die KPD ist also illegal, ihre Propaganda, zu der im politischen Sinn das "Neue Deutschland" gehört, darf nicht verbreitet werden.

Schmidt

Das ist eigentlich nicht ganz richtig, was Sie sagen. Es gibt nirgends in der Bundesrepublik unter denen, die damit zu tun haben, einen Zweifel, daß das "Neue Deutschland" nicht eine Fortsetzung der verbotenen kommunistischen Partei darstellt. Das "Neue Deutschland" können Sie im übrigen auch hier in Hamburg beziehen.

Gross

Gut. Ich konstatiere keine rechtlich stringente Konsequenz, sondern einen politischen Prozeß, der unserem Staatsschutz Motive und Impulse lieferte. Ich sage gar nicht, daß diese Interpretationen zwingend seien, sondern nur, daß durch ein bis vor wenigen Jahren gänzlich unproblematisch erscheinendes Verfassungsverständnis Denk- und Handlungsweise unserer Politiker habitualisiert worden ist, dergestalt, daß sie sich vor rechtlichen Hindernissen sehen, wenn es darum geht, an Stelle bisheriger gesamtdeutscher Politik eine andere zu versuchen.

Grosser

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Gross, glaube ich, daß die Begrenzungen in der Außenpolitik und in den Kontakten der Bundesrepublik nicht im Grundgesetz begründet sind, sondern im Artikel II des Pariser Vertrages, der die Wiedervereinigung den drei Westmächten überläßt oder, sagen wir, ihnen anvertraut.

Aber zunächst bin ich völlig Ihrer Meinung, wenn Sie sagen, daß man die moralisch-emotionalen Seiten des Problems der Oder-Neiße-Linie nicht genügend unterstreicht, besonders im Ausland. Herr Bondy kann bezeugen, daß ich in Frankreich einige Auseinandersetzungen in den Kolumnen seiner Zeitschrift erlebt habe, gerade weil ich meinen Landsleuten sage, daß Algier und Oran nie so französische Städte gewesen sind - und auch nie so lange Zeit-, wie Breslau eine deutsche Stadt war. Aber das hindert nicht daran, daß, als Neven Dumont eine Sendung im Fernsehen veranstaltete mit dem Titel "Sind wir Revanchisten?", sich Will Rasner, Erich Mende und Fritz Erler davor scheuten, zu einigen Wahrheiten, die Neven Dumont aussprach, vor den Fernsehapparaten Stellung zu nehmen.

Ich bin jedoch völlig anderer Meinung als Herr Gross, wenn er sagt, daß die Frage der Kontakte nichts mit der Ostpolitik gemein hätte. Was würde denn die Bundesrepublik antworten, wenn sie einmal vor die Frage gestellt wird: Freiheit und Wiedervereinigung ließen sich nicht zusammen verwirklichen. Eine Liberalisierung des Schicksals der 17 Millionen ginge im Gegenteil mit einer Verewigung eines zweigeteilten Deutschlands zusammen, das heißt mit einer Anerkennung der beiden Staaten. Das sei die Alternative für die Bundesrepublik, und es gäbe keine andere?

Für die Bundesrepublik erhebt sich die Frage, ob man auf etwas hinarbeiten kann, wodurch das Schicksal der 17 Millionen sich langsam in der Richtung verbessert, die bei anderen osteuropäischen Völkern bereits zu Verbesserungen geführt hat.

Natürlich geht das nur mit Risiko. Ich habe aber manchmal in der westdeutschen Diskussion den Eindruck, daß, wenn man vom Opfer spricht, man im allgemeinen so tut, als brächten heute die 54 Millionen Opfer für die persönliche Befreiung der 17 Millionen, obwohl es die 17 Millionen sind, die Opfer bringen. Wie aber wird das Schicksal der 17 Millionen erleichtert?

Gresmann

Herr Grosser hat gesagt, daß eine Entspannung die deutsche Teilung zementiere. Herr zu Guttenberg hat diese Bemerkung freudig aufgegriffen und erklärt, der Status quo werde verewigt. Diejenigen, die für eine Entspannung eintreten, müßten bereit sein, die Teilung hinzunehmen. Er hat dabei aber nicht erwähnt, daß auch diejenigen, die im Augenblick die entgegengesetzte Position beziehen, bereit sind jedenfalls für absehbare Zeit-, diese Teilung in ebensolcher Weise hinzunehmen. Und er hat auch nicht erwähnt, daß es als Möglichkeit immerhin denkbar ist, den Status quo zunächst einmal zu fixieren, um ihn dann zu überwinden.

Dumitrescu

Das läuft im Grunde genommen auf die Frage hinaus, ob ein Verzicht auf die Wiedervereinigung das Problem löst.

Nun würde sich die Frage ergeben: Welches Problem soll überhaupt gelöst werden? Und hier, Herr zu Guttenberg, kann ich Ihre Meinung nicht teilen, obwohl ich Ihre Gründe verstehe, wenn Sie sagen, daß begrifflich "Wiedervereinigung" nicht glücklich gewählt war. Ich habe vielmehr zu bemängeln, daß in der deutschen Öffentlichkeit und auch im Ausland dieser Begriff nicht genug und nicht eindeutig fixiert wurde. So entsteht die Alternative zwischen der Wiedervereinigung im Staatlichen und dem Problem der Freiheit. Ich möchte sagen, dann ist mir die Wiedervereinigung lieber, aus dem einfachen Grunde, weil Wiedervereinigung, bezogen auf die staatliche Einheit, keine ideologische Auslegung oder keine ideologische Interpretation zuläßt.

Die Wiedervereinigung kann sich nur auf staatliche Kategorien beziehen und bedeutet begrifflich Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Das ist eine Größenordnung, die völkerrechtlich in dem Protokoll vom 12. September 1944, unterzeichnet von USA, England und der Sowjetunion, bis an den heutigen Tag fixiert ist. Damit haben die Deutschen überhaupt nichts zu tun. Sie waren keine Vertragspartner.

Freiheit dagegen ist ein Begriff, der Interpretationen zuläßt, und im Grunde genommen ist es die Ursache der gegenwärtigen Situation, daß man in der realen Politik bei Oberbegriffen wie Freiheit und Demokratie und ähnlichen Dingen geblieben ist. Somit herrscht auf der einen Seite in Europa eine Freiheit und auf der anderen eine andere Freiheit.

Solange die Meinungsverschiedenheiten auf Begriffe bezogen werden, die aus inneren Einstellungen zum Menschenbild resultieren, kann man in der Politik nicht glücklich operieren. Das hat die Entwicklung gezeigt. Also "Wiedervereinigung" ist, mir wenigstens, fixierbar, weil auf der anderen Seite "Wiedervereinigung" auch sehr fixiert ist. Und hier bedaure ich, daß in der Bundesrepublik das "Neue Deutschland" nicht offen verkauft wird, denn da brauchte man sich darüber nicht mehr zu unterhalten. Es steht ja in fast jeder Nummer. Wenn Ulbricht "Wiedervereinigung" sagt, ist darunter niemals die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu verstehen, weil nach der Verfassung, also nach der Selbsterkenntnis der DDR, die DDR Deutschland schlechthin ist. Der Artikel 1 der Verfassung der DDR lautet: "Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik", und so kann sich in der kommunistischen Terminologie der Begriff Wiedervereinigung niemals auf die Wiederherstellung einer staatlichen Einheit beziehen, die gar nicht geteilt ist. Somit ist die Bundesrepublik Stellvertreter Deutschlands, und die DDR ist Deutschland schlechthin. "Wiedervereinigung" im Sinne der Kommunisten bedeutet Anschluß Westdeutschlands an die DDR und nicht Wiederherstellung irgendeiner staatlichen Einheit, sondern nur der territorialen Größenordnung.

Bondy

Zum Problem der Freiheit möchte ich darauf hinweisen, daß Österreich zum Beispiel Freiheit und zugleich Anschlußverbot an Deutschland hat. Selbst wenn neunundneunzig Prozent der Österreicher zu Deutschland wollten, dürften sie das nicht; aber Freiheit haben sie.

Baring

Immer wieder habe ich den Eindruck, und der Beitrag des Herrn Dumitrescu scheint es mir zu bestätigen, daß unsere Politik nach Westen weithin pragmatisch und nach Osten weithin dogmatisch ist. Das heißt, wir haben uns im Westen mit einigen Überzeugungen, etwa von der Wichtigkeit einer Versöhnung mit Frankreich, auf den Weg gemacht, im übrigen aber auf die Empfindlichkeiten, die Animositäten, die Voreingenommenheiten gegenüber Deutschland sehr viel Rücksicht genommen. Wir haben viel psychologisches Einfühlungsvermögen walten lassen und viel Geduld gehabt. Alle diese Tugenden gelten offenbar im Verhältnis zum Osten überhaupt nicht. Gegenüber dem Osten - damit meine ich unsere osteuropäischen Nachbarn, die Sowjetunion und natürlich auch den zweiten deutschen Teilstaat - spielen offenbar nur juristische Erwägungen eine Rolle.

Es ist sehr interessant, Herr zu Guttenberg, daß Ihre Argumente, soweit sie das westliche Ausland betreffen, von sehr verschiedenartigen Einsichten bestimmt sind. Sobald Sie dagegen auf den Osten zu sprechen kommen, gibt es eigentlich nur noch Rechtsstandpunkte. Diese juristisch einseitige Art, an die Probleme heranzugehen, hat bei Kritikern der Regierung in Fragen der Wiedervereinigung und der Ostpolitik eine entgegengesetzte und bedauerlicherweise ebenso einseitige Reaktion zur Folge. Diese Kritiker dogmatisieren nämlich nun ebenfalls und meinen, es käme nur auf einige neue einprägsame Formeln an, um vom Fleck zu kommen.

Das eine ist so wenig wahr wie das andere. Ich befinde mich in der schwierigen Lage, sowohl gegenüber den Vorstellungen der Regierung skeptisch zu sein und sehr zu bezweifeln, ob sie auf dem richtigen Wege ist und jemals Erfolg haben kann, als auch an den Chancen der entgegengesetzten Auffassungen zu zweifeln, die Alternativen präsentieren oder doch Ansätze dazu.

Sicher scheint mir allerdings eins zu sein: daß die offizielle Grundeinstellung hierzulande falsch ist. Das möchte ich gern am Problem der Kontakte erläutern. Sehen Sie, wenn jemand vom FDGB aus Ostdeutschland nach Westdeutschland kommt und auf dem DGB-Kongreß eine Grußbotschaft überreicht, dann wird er angeklagt - man hat ja Mühe, das überhaupt zu begreifen;- , weil er die Tätigkeit der verbotenen KPD fortgesetzt habe. Oder wenn ein Verlag in Düsseldorf die Protokolle der Parteitage der KPdSU druckt, wird er angeklagt, weil er kommunistisches Gedankengut verbreitet habe. Das sind alles Dinge, die einem praktisch und politisch denkenden Menschen, etwa in den angelsächsischen Ländern, überhaupt nicht verständlich zu machen sind.

Man erkennt bei uns nicht hinreichend die Gefahren der juristisch-dogmatischen Grundeinstellung in der Politik. Ich bin der Meinung, daß der Staatsschutz in den Händen der Strafrichter am allerschlechtesten aufgehoben ist und in einer wirklich gefährdeten Demokratie dort gar nicht gesichert werden kann. In einer, wie ich glaube, gegen den Kommunismus ganz immunen Gesellschaft wie der unsrigen ist die Verteidigung der Republik durch Gerichte völlig überflüssig und schädlich. Ich würde also meinen, daß man sich von der Dogmatisierung der Ostpolitik lösen, zugleich aber einsehen muß, wie außerordentlich wenig in absehbarer Zukunft im Osten und in unserem Verhältnis zu ihm erreichbar ist.

Notwendig und auch möglich aber ist eine Änderung im politischen Klima. Immer wieder habe ich auf meinen Reisen von Polen gehört: "Die Tatsache, daß Ihr Verbrechen an uns begangen habt und sechs Millionen von uns dabei den Tod gefunden haben, ist für Euch völlig ausgelöscht durch die andere Tatsache, daß wir inzwischen kommunistisch geworden sind; übrigens ja nicht aus freiem Willen, sondern durch sowjetische Besetzung. Aber für Euch ist das Problem Deutschland-Polen, das wir Eurem Krieg verdanken, gelöst und Euer Gewissen beruhigt. Denn wer kommunistisch ist, ist letzten Endes ja daran selber schuld." Ich glaube, daß dieser Eindruck von der deutschen Einstellung gegenüber Polen durchaus richtig ist. Man muß sich einmal klarmachen, welche Ungeheuerlichkeit in dieser Einstellung liegt.

Aber selbst wenn wir im Augenblick nicht viel tun können, um unser Verhältnis zu Polen im Ganzen zu bereinigen, was steht eigentlich dagegen, eine Politik der Kontakte zu betreiben, nicht nur mit Polen, sondern mit allen osteuropäischen Staaten? Vielleicht die Angst, wir könnten kommunistisch unterwandert werden? Das würde ich für eine lächerliche Befürchtung halten. Nichts hindert uns zum Beispiel an einem Jugendaustausch, einem Studentenaustausch, einem Kulturaustausch mit Konzerten, Gastspielen und deutschen Büchern in großem Umfang und natürlich unter Mitwirkung der Regierung. Denn ohne Geld kommt man in diesen Dingen nicht weit, und Privatpersonen, etwa Industrielle und kleinere Organisationen, würden sich den allergrößten Verdächtigungen aussetzen, wenn sie dergleichen auf eigene Kappe versuchten. Was also hindert eigentlich die Bundesregierung daran, das Verhältnis zu unseren osteuropäischen Nachbarn, einschließlich der DDR, zu entkrampfen und dabei durchaus innerhalb der Grenze zu bleiben, die die Regierung aus vielen, zum Teil auch aus wohlerwogenen Gründen, gegenwärtig für unüberschreitbar hält?

Man sagt sehr häufig, die Stabilisierung in der DDR, eine gewisse Stabilisierung des immer noch wackligen Regimes, sei die Voraussetzung einer Liberalisierung. Das ist sicherlich richtig. Man schließt daraus in oppositionellen Kreisen, die Anerkennung der DDR sei das eigentliche Mittel, um zu dieser Stabilisierung zu kommen. Ich halte diese Ansicht für falsch.

Ich bin der Meinung, daß eine Anerkennung allenfalls am Ende eines längeren Annäherungsprozesses stehen kann; dann aber auch wohl erwogen werden müßte. Letzten Endes muß sich ein Regime selbst entkrampfen, selbst liberalisieren, wenn es in diesem Prozeß der Annäherung, den ich voraussehe, auch eines Tages von außen anerkannt werden will. Aber ich glaube, man muß von allen starren Gegenüberstellungen des Alles oder Nichts abkommen, man muß sich trennen von den großen inhaltsleeren Phrasen, muß die Schablone der "menschenvernichtenden Fratze" des Kommunismus wegwerfen, von der immer noch die Rede ist, wenn man den Blick für Nuancen bekommen will, von denen letzten Endes alles abhängt.

von Musulin

Herr Baring, man sagt dann auf der anderen Seite: Nach Westen hin wurde eine pragmatische Politik mit vielen Erfolgen betrieben. Das war eine Politik großer Art, vom Petersberger Abkommen bis zu den Pariser Verträgen. Nach Osten hin stellt man dieser Westpolitik den Studentenaustausch, um es einmal demagogisch zu formulieren, entgegen. Das sind wirklich inkongruente Größen. Aber alles, was wir mit dem Osten bisher machen konnten und hätten machen sollen, sind im Vergleich zu der Westpolitik nicht vergleichbare Größen.

Schmidt

Bei der Frage der Wiedervereinigung, wie sie Herr Dumitrescu und zuletzt Herr Baring ausgesprochen haben, muß ich noch einmal auf die These von Herrn zu Guttenberg zurückkommen, der gesagt hat, europäische Integrationspolitik sei das einzige aktive Mittel deutscher Ostpolitik. Diesen Satz möchte ich nachhaltig in Frage stellen. Dabei kann mich auch nicht beruhigen, daß hier mein Freund Wehner zitiert wurde mit einer weniger exponierten Formulierung, die in der gleichen Tendenz zu liegen schien.

So, wie heute unsere Nachbarvölker nicht sonderlich viel Verständnis und sonderlich viel Risikobereitschaft für den deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung aufbringen können, muß ein etwa vereinigt Europa schon den Wunsch nach deutscher Wiedervereinigung als großes Risiko empfinden. Der Grund ist einmal darin zu sehen, daß Deutschland dann innerhalb dieses vereinigten Europa mit siebzig Millionen Menschen ein ungeheures Gewicht zusätzlich zu dem heute schon vorhandenen wirtschaftlichen Schwergewicht bekommen würde. Weiterhin aus Sorge, daß im Zusammenhang mit einer Wiedervereinigung, wie Herr zu Guttenberg mit Recht gesagt hat, die westlichen Bindungen Deutschlands möglicherweise geschwächt werden könnten. Wenn es auf Mehrheitsbeschlüsse ankommen wird, dürfte Europa sich keineswegs begeistert für die

Wiedervereinigung entscheiden: weder wenn es ein Europa der "Sechs" ist, noch wenn es inzwischen ein Europa der "Dreizehn" geworden wäre. Europa wird es noch weniger gerne tun, wenn inzwischen auf dem Wege der europäischen Integration über die EWG zunächst ein Staatenbund, dann ein politischer Bundesstaat, ein politisches Europa, ein Europa mit supranationaler Regierung entstanden sein sollte. Unter all diesen Voraussetzungen werden sich unsere Partner in dem wie auch immer gearteten vereinigten Europa subjektiv dagegen wehren, die deutsche Frage als objektiv ihnen aufgegeben anzusehen.

Was im übrigen den Fortgang der europäischen Integration angeht: Wir wären schon sehr froh, wenn wir die EWG am Leben halten und in der einen oder anderen Form die EFTA-Staaten assoziieren könnten. Viel mehr, glaube ich, ist nicht zu erwarten.

Mit zunehmender Multipolarität ist wahrscheinlich, daß die Entspannung zwischen Amerika und Rußland zunimmt, und umgekehrt fördert diese Entspannung auch die Multipolarität wegen der besonderen Reaktionen der Dritten Mächte, nämlich Chinas, Frankreichs und so weiter. Das ist ein Schaukelprozeß. Unter dieser Voraussetzung kann Frankreich vielleicht noch für eine gewisse Zeit diesen Prozeß dadurch beschleunigen, daß es bewußt die Multipolarität fördert, mit dem Argument, daß die Entspannung zwischen Moskau und Washington auf Kosten der übrigen gehe.

Die Bundesregierung ist mit Recht sehr viel vorsichtiger. Sie weiß, daß sie sich dem amerikanischen Entspannungswillen nicht offen entgegensetzen darf, wenn sie des amerikanischen Rückhalts nicht entraten will. Die Konsequenz müßte sein, daß die deutsche Bundesregierung versuchen sollte, diesen Prozeß zunehmender Multipolarität einerseits und zunehmender Entspannung zwischen den beiden Atomhauptstädten Moskau und Washington andererseits positiv zu beeinflussen, um zu verhindern, daß er auf unsere Kosten stattfindet, und zwar durch eine Politik der "kleinen Schritte". Um ein Beispiel zu geben: Ich halte den Gedanken, gegenseitige Beobachtungsposten in Europa beiderseits des Eisernen Vorhangs gegen Überraschungsangriffe zu etablieren, für einen geeigneten "kleinen Schritt". Ich glaube zwar nicht, daß er militärisch irgend etwas einbringt, aber wenn amerikanische, französische, englische oder schwedische Militärmissionen drüben in Polen, in der "DDR", in der Tschechoslowakei herumfahren würden und die dortige Bevölkerung mit diesen westlichen Offizieren reden könnte, so wäre das auch schon ein Fortschritt. Ich habe dagegen gar keine Sorge, daß wir noch ein paar Sowjets und Polen und Ungarn in Uniform hier im Westen verkraften könnten.

Mir scheint, der deutsche Wunsch nach Wiedervereinigung ist kein verwerflicher Nationalismus, genauso wenig verwerflich wie der Wunsch der Polen seit den siebziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts, wieder unter das gemeinsame Dach eines polnischen Staates zu kommen, nachdem zunächst zwei, später drei Besatzungsmächte Polen auseinandergeschnitten hatten. Es steckt bei sehr vielen Menschen in der Bundesrepublik unausgesprochen ein spezifisch moralisches Motiv dahinter, das nicht nur ein emotionalnationales ist. Sie fühlen sich innerlich sehr unbehaglich dabei, daß es ihnen so gut geht und daß die siebzehn Millionen drüben in der sowjetischen Besatzungszone eigentlich allein für diesen blödsinnigen Krieg büßen müssen. Deswegen fühlen sie sich irgendwie solange schuldig, wie es denen drüben nicht möglich ist, Anteil an der Freiheit und wohl auch an dem Wohlstand zu haben, die wir hier genießen.

Ich will aber zuletzt noch auf folgendes hinweisen: Die Wiedervereinigungs-Motivation der Deutschen kann auch eines Tages sehr gefährlich nationalistisch werden, nämlich dann, wenn die Europabegeisterung, die das deutsche Volk erfaßt hat, einmal verfliegen sein sollte. Das muß nicht so kommen, aber wenn alle diese europäischen Blümenträume nicht reifen sollten, wenn die EWG zerbröckeln sollte und wenn sie nicht viel mehr erreicht als das, was sie heute bereits ist, dann kann es sein, daß die neue Generation in Deutschland in bezug auf die Wiedervereinigung einem sehr emotionalen Nationalismus verfällt. Ich halte es für eine gefährliche Sache, daß wir in den letzten zwölf Jahren versucht haben, das Vakuum eines deutschen Nationalbewußtseins auszufüllen mit einer Europabegeisterung, die in den Realitäten ihre Entsprechung nicht finden kann.

Prittie

Nur ein Zwischenruf: Herr Senator Schmidt, wenn Sie glauben, daß für viele Europäer die Idee von einem vereinigten Deutschland mit 70 Millionen Menschen ein Risiko darstellt, so gehört das wohl zum Märchenland von "Daily Express". Für alle denkenden Engländer bedeutet ein Deutschland von 70 Millionen kein Risiko mehr.

Da komme ich zurück auf den Gedanken: Die Bundesrepublik hat sich als ein zuverlässiger Partner gezeigt, nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch. Die britischen und deutschen Ideen vom "free

trade" sind ähnlich. Warum sollten wir Engländer ein deutsches wirtschaftliches Schwergewicht befürchten? Ich habe keine Angst davor.

Grosser

Welcher Prozentsatz der Engländer ist denkend?

Prittie

Ich kann diese Frage auch an meinen französischen Freund stellen. Denn sicherlich sind auch Sie der Meinung, daß Deutschland keine Gefahr mehr ist. Es wäre gut, wenn alle Deutschen begreifen und daran denken würden, daß man die deutschen Wünsche präziser stellen muß. Präzise Wünsche habe ich von deutscher Seite nur wenige gehört.

Lüthy

Wenn es je geschehen sollte, Herr Schmidt, daß die deutsche Politik durch irgendeine Bewegung nach Osten oder nach Westen ins propagandistische Kreuzfeuer zwischen Moskau und Paris käme, wenn die französische Bürgerschaft für die Ehrbarkeit der Bundesrepublik im Westen einmal ausfiele und nun von beiden Seiten die Propaganda gegen eine deutsche Irredenta, einen deutschen Nationalismus wieder beginnen sollte, dann wäre das einfach politisch das Ende; und das kann Deutschland nicht riskieren.

Eine weitere Frage wäre: Wie weit ist Deutschland eigentlich frei, eine eigene Außenpolitik zu treiben? Soviel ich weiß, gelten für Deutschland immer noch Verträge, die besagen, daß gesamtdeutsche Fragen Sache der Besatzungsmächte sind. Juristisch bedeutet das: Die Bundesrepublik ist in Fragen, die Gesamtdeutschland betreffen, nicht handlungsfrei. Sie ist es praktisch nicht, weil wir alle wissen, daß zum Beispiel die Position Berlin nicht von Deutschland gehalten werden kann. Das geht hinunter bis zur Passierscheinfrage. Man kann nicht unabhängig von den Mächten, die heute über Deutschland stehen, handeln.

Daher stellt sich für die deutsche Politik eigentlich das Problem, in irgendeiner Form kollektive Außenpolitik zu treiben. Solange die Politik der Bundesregierung die Rückendeckung des Westens voraussetzt, kann sie nicht weitergehen, als sie den Westen dabei hinter sich hat. Diese Situation ist doppelt problematisch geworden. Einmal gibt es keine einheitliche Führung der westlichen Politik mehr, und die Bundesrepublik kann sich von keinem ihrer wichtigsten Partner, weder von Frankreich noch von den Vereinigten Staaten, trennen. Hinzu kommt, daß auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Partnern nur verschiedene Grade und Taktiken der Entspannung und Öffnung gegenüber dem Osten betreffen. Damit werden die spezifisch deutschen Forderungen der Außenpolitik für alle Partner eine Belastung, weil allein die Bundesrepublik - als Kind des Krieges und des "Kalten Krieges" - den territorialen Status quo in Europa in Frage stellt. Es liegt im Wesen der "Deutschen Frage", daß sie ein Beunruhigungsfaktor ist, selbst wenn Deutschland gar keine Außenpolitik macht.

Ich habe vor einigen Tagen einen Artikel von René Dabernat in "Le Monde" gelesen. Darin wurde die schwere Besorgnis ausgedrückt, Frankreich treibe eine Außenpolitik über seine Verhältnisse, über seine realen Machtgrundlagen hinaus. Das sei gefährlich. Deutschland dagegen treibe eine Außenpolitik unter seinen Verhältnissen, und das sei erst recht beunruhigend. Das Sonderbare an Deutschland ist ja heute, daß die Bundesrepublik im Welthandel die zweite Wirtschaftsmacht ist und daß diese Wirtschaftsmacht politisch überhaupt nicht oder fast nicht einsatzfähig ist. Sie hat allerdings ausgereicht, die Hallstein-Doktrin bei den Entwicklungsländern durchzuhalten, weil bundesdeutsche Entwicklungshilfe mehr einbringt als die der DDR. Das ist zweifellos ein mit Zahlungsfähigkeit erreichter politischer Erfolg, dessen Tragweite aber zweifelhaft ist, weil weder Ghana noch Indien, noch Tanganjika damit ein Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung ablegen, sondern einfach über ein Erpressungsmittel für immer neue Kredite verfügen. Das ist die Einsatzfähigkeit der Wirtschaftsmacht, und weiter geht sie nicht.

Diese politische Ohnmacht kommt zunächst wahrscheinlich daher, daß dieser deutschen Wirtschaftsmacht der Multiplikator des Prestiges fehlt, den jede größere Macht in der Welt sonst einzusetzen hat. Das deutsche Prestige ist immer noch nahe genug beim Nullpunkt, um es für jede Erpressung verwundbar zu machen. Was immer Deutschland auf eigene Faust tut - und wäre es sogar nichts;- , ist besorgniserregend, weil die prinzipiell aufrechterhaltenen oder doch nie verleugneten deutschen "Ansprüche", einschließlich der Grenzen von 1937 und sogar der völkerrechtlichen Gültigkeit des Münchener Abkommens, eben irredentistisch sind. Und welche Panik

umgekehrt eine auf eigene Faust unternommene deutsche Annäherung an den Osten hervorrufen würde, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden.

Wenn nun Deutschland nicht auf eigene Faust vorgehen kann - und das ist einfach ein anderer Akzent, den ich in diese Diskussion bringen möchte;- , wieweit könnte es das aktivieren, was an Integration, Bündnissen und Verbindungen besteht: Atlantikpakt, Europäischer Markt, deutsch-französisches Bündnis? Das heißt nicht mehr die Frage nach einem deutschen Alleingang stellen, sondern nach einer deutschen Politik, die im Einklang mit der ihrer Partner aktiv werden kann. Dann scheint es mir völlig klar zu sein, daß eine solche Politik heute keine nationale Politik sein kann, die den Geruch der Irredenta hat und die auf eine Wiedervereinigung Deutschlands unabhängig vom Schicksal des übrigen Osteuropa hinzielt. Die Frage wäre dann die, ob es nicht deutsche Interessen in Europa gibt - etwa Interessen des Brückenschlags zu den östlichen Nachbarn;- , die mit einer internationalen Politik der Entspannung in Einklang zu bringen wären; wobei "Entspannung" geradezu definitionsgemäß den Verzicht auf territoriale Revisionsforderungen voraussetzt. Vielleicht sind wir wieder einmal in der Situation, daß deutsche Nationalpolitik eine Mitteleuropapolitik verstellt, die an sich möglich wäre.

Wäre es denkbar, daß Deutschland beispielsweise innerhalb des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der dieses deutsche Wirtschaftspotential doch schwer ins Gewicht fällt, nicht als Nationalstaat nationale Forderungen, sondern als mitteleuropäisches Land den Wunsch nach einem Wiederauswachsen des gespaltenen Europa vertritt? Daß Deutschland innerhalb der EWG nicht eine Politik des Veto im Sinne der Hallstein-Doktrin betreiben würde, sondern eine Politik der Öffnung der EWG nicht nur für die EFTA-Staaten, sondern auch der Öffnung nach Osten, also auf eine wirtschaftliche Integration hin, um die Spaltung Europas wenigstens im Ansatz zu überwinden und die schon sehr wirksame Attraktionskraft der EWG in Mittel- und Osteuropa wirksam werden zu lassen? Es ist eigentlich eine der wenigen Möglichkeiten, in denen ich einen Ansatzpunkt einer deutschen Initiative sehen könnte.

von Musulin

Es wird in Deutschland immer so argumentiert, als sei der Wunsch nach Wiedervereinigung ein Objekt kurzfristiger politischer Maßnahmen, die sich innerhalb weniger Jahre auswirken. Hier geht ein Gedankengang unter: Was hat eigentlich zu geschehen, wenn die Wiedervereinigung kein kurzfristiges Anliegen ist und trotz aller Möglichkeiten des Polyzentrismus und der Veränderungen in der großen Weltpolitik innerhalb einer absehbaren Zeit nicht erreicht werden kann?

Wenn dem so ist, was für seelische und geistige Voraussetzungen müssen gegeben sein, daß man diese Situation aushält? Denn es ist eine sehr schwer erträgliche Situation, daß man siebzehn Millionen, die die eigene Sprache sprechen, einem sehr harten und unwürdigen System ausgeliefert sieht. Man muß mit dieser Tatsache irgendwie fertig werden, ohne aber dabei den moralischen Anspruch, daß eben diese Menschen wie alle anderen Menschen ihre Freiheitsrechte haben, preiszugeben. Bei aller Kritik hört man jedoch immer wieder, daß es drüben doch noch einen gewissen Idealismus gibt. Aber das ist eben jener Idealismus der Vorkonsumphase, den man ja in der Bundesrepublik auch gekannt hat. Diese Phänomene sind nie behandelt worden, weil keiner zugeben will, daß die Wiedervereinigung als kurzfristige Politik gar nicht mit praktischen Möglichkeiten und praktischen Perspektiven ausgestattet ist. Wenn man es aber für einen sehr langfristigen Prozeß ansieht, dann muß man sich fragen, ob der Motor der Wiedervereinigung zum Schluß nicht doch mit einem anderen Brennstoff angetrieben werden muß.

Coulmas

Ich möchte gern ergänzen, was Herr von Musulin gesagt hat, daß wir nämlich zwischen langfristigen und kurzfristigen Politiken und Zielsetzungen unterscheiden müssen. Kurzfristig sieht es doch so aus, daß der Ost-West-Dualismus nach wie vor besteht. Eine Aufweichung in Richtung auf eine multipolare, polyzentrische Politik kann erst in dem Augenblick entstehen, wenn es zumindest eine dritte, vielleicht auch eine vierte, fünfte Macht gibt, um die sich andere gruppieren könnten. Eine dritte Macht neben Amerika und Rußland fehlt gegenwärtig. Europa besitzt die wirtschaftliche und militärische Kraft dazu, ist aber uneinig; China ist einig, verfügt aber nicht über die notwendigen Mittel.

Das, was unter Polyzentrismus sowohl im Osten wie im Westen verstanden wird, bezieht sich offenbar nur auf die innerhalb der beiden Blöcke vorhandenen Auflösungserscheinungen.

Die Entspannungsideologen die für eine Entspannung um jeden Preis eintreten, verlangen zwei Dinge gleichzeitig: erstens Gespräche, Kontakte, wirtschaftliche Beziehungen, Handelsmissionen und so weiter; zweitens Vorleistungen, wie zum Beispiel den Abbau der Hallstein-Doktrin und die

Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Diese beiden Dinge scheinen mir nicht notwendig verbunden zu sein, sondern in der gegenwärtigen Diskussion unglücklich vermengt zu werden. Es ist durchaus sinnvoll, zweiseitige Kontakte anzuknüpfen in so großem Umfang wie möglich, um damit einen langfristigen Prozeß der Liberalisierung einzuleiten und zu fördern, um den Geist der Freiheit, der Kritik und des Vergleichs langsam in die Welt des Ostens einsickern zu lassen. Hingegen wollen wir einseitige Vorleistungen gegenüber einem Gegner als völlig widersinnig erscheinen, der nach wie vor sein altes Ziel verfolgt und öffentlich verkündet, die ganze Welt kommunistisch machen zu wollen.

Man stellt heute gern Liberation und Liberalisation als die beiden Alternativpolitiken gegenüber dem Osten hin. Mir scheinen sie in Wirklichkeit Zwillingspolitiken zu sein. Die Liberation und Rollback-Vorstellung ging davon aus, daß es möglich sei, durch Revolution der unterdrückten Völker die Freiheit in diesen Gebieten wiederherzustellen. Das hat sich 1953 und 1956 als unmöglich erwiesen. Aus dem Scheitern dieser Politik folgert man nun, daß man dasselbe extensive Ziel, die Befreiung des Ostens, auf umgekehrtem Wege erreichen könne, wenn nicht gegen die Sowjets, so mit ihnen: Wandel durch Annäherung, Entgegenkommen, Vorleistungen.

Die Liberation-Politik hat nun immerhin, wie Herr zu Guttenberg anmerkte, dazu geführt, daß der Osten eine Atempause braucht. Schließlich ist das, was die Russen heute als Entspannung anbieten, die direkte Folge von Kuba, dem Berliner Ultimatum und so weiter.

Die Liberalisation-Politik hat uns außer einer willkommenen Atempause hingegen nur eine gefährliche Lockerung unserer Allianzen gebracht. Sie läßt sich nur empfehlen, wenn wir uns auf ein diszipliniertes Verhalten der Partner verlassen können.

Liberation und Liberalisation basieren beide auf dem Gefühl der Enttäuschung, daß es nicht gelingen will, die Verhältnisse im Osten in unserem Sinne zu verändern. Von dem neuen Rezept werden darum jeweils Wundererfolge versprochen, während beide Male in Wahrheit nur die Politik des Containment praktiziert worden ist. Um eine gesunde Politik gegenüber dem Osten zu führen, gilt es, sich dessen bewußt zu sein und sich vor Augen zu halten, daß durch Kontakte und Gespräche die Verhältnisse nur sehr langsam und langfristig zu ändern sind, durch Vorleistungen jedoch gar nicht.

Ljungloef

Ich glaube, daß der Polyzentrismus im Osten für die europäische Entwicklung und speziell für die deutsche Rolle sehr bedeutungsvoll ist. Wir stimmen wohl alle darin überein, daß Deutschland in der Zukunft eine Schlüsselposition in der europäischen Entwicklung einnehmen muß. Glauben Sie nicht, Herr zu Guttenberg, daß der polnische Rapacki-Plan ein Ausdruck des polnischen Willens ist, eine spezielle Rolle in Europa zu spielen im Hinblick auf eine Entspannung in Zentraleuropa?

Im nördlichen Europa interessiert man sich sehr für diese Diskussion über eine atomwaffenfreie Zone. In Skandinavien betrachten wir den Rapacki-Plan nicht als eine sowjetische, sondern als eine echte polnische Initiative.

Damit komme ich wieder zu der Grenzfrage. Sie haben gesagt, Herr zu Guttenberg, daß es in der heutigen Lage für die deutsche Sache und für den Westen nicht nützlich sei, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Wann glauben Sie, daß diese Situation eintreten wird? Wir sind in Schweden sehr interessiert zu erfahren, wie die Bundesrepublik wirklich eingestellt ist, ob man in Zukunft die Oder-Neiße-Grenze anerkennen wird oder nicht.

Altmann

Ich bin ganz sicher, Herr Ljungloef, daß, wenn die Bundesrepublik eine mitteleuropäische Politik eröffnen würde, die Ansätze bei der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze liegen müßten. Sind Sie im Zweifel darüber, daß alle westeuropäischen Staaten und die USA dem zustimmen würden?

Coulmas

Ja, aber wohin würde denn das führen, Herr Altmann, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und dann ...

Altmann

Ich sagte: Hier liegen die Ansätze einer mitteleuropäischen Politik. Die Anerkennung an sich ist natürlich kein Konzept.

Bei dem Thema "Wohin Deutschland in Europa?" sollte man nicht nur von der Ostpolitik sprechen, sondern auch die deutsche Außenpolitik gegenüber dem Westen betrachten. Was hat die deutsche

Politik für Möglichkeiten und was hat sie Europa angeboten? Hat sie versucht, die EWG zu stabilisieren? Ich würde sagen, sie hat es nicht getan. Die innere Skepsis der Regierung gegenüber der EWG ist gewachsen. Die deutsche Politik hat in der Frage der europäischen Einheit, ganz gleich welche Alternative man wählt, keine erfolgversprechenden Gedanken geäußert.

Ein zweites Problem ist das der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Hier sind von deutscher Seite einige Schlagworte gefallen. Der frühere Minister Strauß hat von einer "Atlantischen Union" gesprochen und der jetzige Bundeskanzler von einer "Atlantischen Gemeinschaft". Sie haben nicht erklärt, was sie konkret darunter verstehen. Bisher hat die deutsche Regierung noch keine formellen Vorstellungen vorgetragen, die eine klare deutsche Sicht aufzeigen, ob wir nun eine Aufspaltung der NATO in ein europäisches und ein amerikanisches Zentrum oder eine Gemeinsamkeit unter amerikanischer Führung wollen.

Ich möchte der Ehrlichkeit halber sagen, die Bundesrepublik hat keinen großen politischen Entschluß gefaßt, sich nach dem Westen hin zu orientieren. Was sie getan hat, war das notwendige Ergebnis der Anpassung an die westlichen Siegermächte. Auf der anderen Seite gibt es gewisse Mythen, die heute immer wieder präsentiert werden, obwohl sie historisch nicht stimmen. Etwa der Mythos von einer deutschen Schaukelpolitik zwischen Ost und West. Deutschland hat in der Weimarer Zeit keine Schaukelpolitik betrieben. Vor allem "Rapallo" ist nicht Ausdruck einer Schaukelpolitik gewesen, denn der Minister, der diesen Vertrag geschlossen hat, war ein westlich orientierter Mann, nämlich Rathenau, der deshalb ja auch von Nationalisten ermordet wurde.

Herr Lüthy sagte, Deutschland sei eine ohnmächtige Großmacht, obwohl es wirtschaftlich mächtig sei. Das läge am fehlenden Prestige der Deutschen. Auch da würde ich vorsichtig sein. Die Deutschen haben sehr viel Prestige. Wenn Sie die Reise des Bundespräsidenten Lübke nach Südamerika verfolgen, so sehen Sie, daß Deutschland mehr Prestige in Südamerika hat als die Vereinigten Staaten.

Wir können uns auch nicht mit dem Gemeinplatz herausreden, wir dürften keine nationale Außenpolitik machen. Wir sind ja in der peinlichen Lage, daß die Vereinigten Staaten uns seit längerer Zeit auffordern, eine nationale Außenpolitik in Gemeinschaft mit dem Westen zu konzipieren, und gerade das fällt uns so außerordentlich schwer. Auch meine ich, wir sollten intensiver nach praktischen Möglichkeiten suchen und fragen: Will sich die Bundesregierung entschließen, der EWG auf die Beine zu helfen, oder will sie sie verkümmern lassen? Wir tun weder etwas für den Aufbau der europäischen Gemeinschaften, noch sind wir bereit, etwa in der Agrarpolitik weiterzukommen, noch sind andere Vorstellungen entwickelt worden.

Die deutsche Regierung hat ihre EWG-Begeisterung viel früher abkühlen lassen als die deutsche Bevölkerung selbst. Ich sage das deshalb, weil wir Deutsche im allgemeinen der Auffassung sind, wir seien so fabelhafte Europäer und würden alles für die Integration tun. Das ist einfach nicht wahr.

Die Bundesrepublik gilt im Osten - bei den Polen zum Beispiel - als Erbe der zentraleuropäischen Position des Deutschen Reiches. Der Fortgang der westeuropäischen Politik hängt tatsächlich davon ab, wie dieses Rumpfdeutschland seine mitteleuropäische Position mit seinen westeuropäischen Verpflichtungen und Interessen vereinbaren kann. Deutschland hat immer vor der Schwierigkeit gestanden, zu gleicher Zeit nach Westen und nach Osten Politik machen zu müssen. Dieser Lage ist es kaum gerecht geworden. Hierin würde ich sehr konkrete Aufgaben der deutschen Diplomatie sehen. Ich meine, daß die Versuche von Herrn Schröder, Handelskontakte nach Osten hin zu aktivieren, ein erster Schritt sein könnten. Andere, wie Herr zu Guttenberg, haben sich öffentlich gegen diese Handelskontakte erklärt. Von hier aus müßten wir also eine Konzeption finden, die vielleicht nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung Deutschlands gesehen werden darf. Deutschland muß sich zunächst ein Bild machen von einer möglichen politischen Ordnung in Mitteleuropa selbst. In dieses Konzept gehören auch die Polen und die Tschechen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß sie heute im Machtbereich der Weltmacht UdSSR liegen.

Gross

Jahrelang hat die deutsche Außenpolitik im wesentlichen darin bestanden, Kompetenzen zu erlangen und sie, uno actu sozusagen, an irgendein Supranationales zu integrieren. Heute will niemand mehr unsere politischen Kompetenzen institutionell übernehmen. Es ist das Dilemma der deutschen Politik, daß sie selbst handeln muß, obgleich ihr dazu Übung, Courage und Ideen mangeln.

Gresmann

Herr Altmann hat gesagt, für die Bundesregierung bestehe die Schwierigkeit, ihre mitteleuropäische Position mit ihren westlichen Verpflichtungen zu vereinbaren. In der Tat mag sich für die Bundesrepublik eine neue politische Situation ergeben. Denn möglicherweise könnten in ein paar Jahren Frankreich und vielleicht andere EWG-Partner eine aktive Ostpolitik - vor allen Dingen Ostwirtschaftspolitik - im Ministerrat zu unterbinden suchen. Für diesen Fall wäre eine deutsche Neuorientierung zum Komplex EWG denkbar, dann nämlich, wenn die EWG nicht mehr Hilfe für die deutsche Politik wäre, sondern sich als Hindernis für deutsche politische Absichten erweisen sollte.

Spinelli

Nach meiner Meinung resultiert die Teilung Deutschlands aus den Kriegshandlungen. Wenn die Russen schneller marschiert wären, hätten wir vielleicht die Teilung Frankreichs oder umgekehrt eine Teilung Polens. Konsolidiert hat sich diese Teilung als eine Folge des nuklearen Gleichgewichts. Die Folge dieses Gleichgewichts und der Koexistenz-Politik war, daß beide Blöcke sich gegenseitig anerkennen mußten.

Deshalb ist kurzfristig eine Wiedervereinigung Deutschlands praktisch unmöglich. Vielleicht besteht auf lange Sicht eine Möglichkeit, wenn nämlich der derzeitige Gleichgewichtszustand zwischen den beiden Blöcken gestört wird, indem einige Staaten nicht nur eine gewisse Handlungsfreiheit erlangen, sondern sich auch von den Blöcken unabhängig machen können.

Vielleicht könnte Deutschland dann eine Unabhängigkeit erreichen, wie sie Frankreich zum Beispiel heute anstrebt, und von neuem die Wiedervereinigung als Ziel setzen. Das wäre aber eine sehr gefährliche Perspektive; denn jeder der beiden Großen, Rußland und Amerika, würde alles versuchen, um Deutschland auf seine Seite zu bekommen. Das aber würde eine Koexistenz äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich machen.

Deutschland sollte besser dazu beitragen, daß die Einheit Europas vertieft und im atlantischen Rahmen eine Reform des Atlantik-Paktes erreicht wird, und darüber hinaus alles versuchen, um mit dem Westen verbunden zu bleiben.

Wenn man diesen Weg geht, wird vielleicht ein Teil der Deutschen im kommunistischen Lager bleiben, so wie heute Deutsche in der Schweiz oder in Österreich leben, ohne an eine Wiedervereinigung zu denken.

Auf dieser Grundlage müßte gemeinsam eine Politik betrieben werden, welche die Liberalisierungsprozesse im Osten fördert. Die These der Wiedervereinigung müßte nach meiner Meinung aus der praktischen Politik ausscheiden.

Bondy

Ich glaube, wir sind hier am Ende der ersten "Halbzeit" unseres Gespräches. Alfred Grosser hat uns auf Erfolge, Schwierigkeiten und vor allem Besonderheiten der Außenpolitik der Bundesrepublik hingewiesen. Er hat die deutsch-französische Allianz als eine "Mischehe" definiert, die aber deswegen offenbar noch keine "Mißheirat" ist. Er hat die verschiedenen Reaktionen in Frankreich und Deutschland auf die beständigen wie auf die gewandelten Realitäten im West-Ost-Konflikt analysiert; er hat dargestellt, daß gewisse deutsche Haltungen, die in der Bundesrepublik unter den großen Parteien gemeinsam sind, trotzdem Widersprüche in sich tragen. Ob die Bundesdeutschen eigentlich so viel bessere Europäer seien als General de Gaulle - diese Frage schien einen Unterton von Skepsis zu tragen.

Herr zu Guttenberg hat dankenswerterweise sein Konzept beiseite gelassen, um unmittelbar auf Grossers Referat einzugehen. Für ihn ist die westeuropäische Einigkeit innerhalb des atlantischen Bündnisses die einzige tragfähige Grundlage einer deutschen Außenpolitik; aber die Partner müssen den Deutschen helfen, nicht in Nationalismus zurückzufallen, indem sie die wirklichen nationalen Sorgen, das objektive nationale Problem Deutschlands verstehen und mittragen. Er machte einen Unterschied zwischen einer sogenannten und einer echten Entspannung und möchte nicht, daß man die Hinnahme des Status quo als Politik der Bewegung anpreise. Eine deutsche Sonderpolitik, eine Hinnahme der deutschen Teilung - beides seien gefährliche Versuchungen. Die Tatsache, daß die Deutschen ihre Probleme nicht allein lösen können und sollen, ruft nicht nur sie, sondern ihre Partner zur Verantwortung auf.

Philip Windsor hob hervor, daß Deutschland und die übrige westliche Welt nicht nur eine europäische Aufgabe haben, sondern sich auch in den Entwicklungsländern sehr viel konstruktiver betätigen könnten. Abgesehen von den großen Prinzipien, wurden die Möglichkeiten einer Politik der "kleinen Schritte" in Hinsicht auf die deutsche Teilung erwogen. Terence Prittie und Herr van Dijk machten

geltend, daß die Deutschen ihr besonderes nationales Problem den Nachbarn noch längst nicht so verständlich gemacht haben, wie sie vielleicht glauben. Senator Helmut Schmidt hielt Herrn zu Guttenberg entgegen, daß die Idee der europäischen Einheit auch einmal Symbol für ein Scheitern werden könne; in den dann entstehenden Leerraum könnte ein gefährlicher Nationalismus einströmen. Arnulf Baring verglich die pragmatische Politik gegenüber dem Westen mit einer, wie er sagte, dogmatischen Politik gegenüber dem Osten. Die Etikette "Kommunismus" würde das Eingehen auf die besondere Geschichte und Problematik des Verhältnisses zu den dortigen Völkern erschweren.

Herr Dumitrescu gab zu bedenken, daß der Begriff "Freiheit" elastisch sei und nur "Wiedervereinigung" ein staatsrechtlich greifbarer Begriff bleibe. Herbert Lüthy ging aus vom Paradox der Bundesrepublik, die wirtschaftlich eine Weltmacht, aber politisch ohnmächtig sei. Die Bundesrepublik könne ihre Interessen nur dann verfolgen, wenn sie diese zusammen mit gemeinsamen europäischen Interessen im Rahmen der vorhandenen Organisationen und Allianzen zu definieren versteht. Rüdiger Altmann sah in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie die Voraussetzung einer konstruktiven Außenpolitik. Das Problem tauchte auf, ob Deutschland nicht durch den Willen der anderen Mächte zu einer besonderen nationalen Politik geradezu gezwungen werde. So war auch der Diskussionsbeitrag von Johannes Gross zu verstehen.

Wie Alfred Grosser sagte, sind den Deutschen zwei Probleme erspart geblieben: die Kolonialfragen und die kommunistischen Massenparteien. Andererseits ist Deutschland das einzige Land im Westen, das ein ungelöstes nationales Problem hat, und zwar, wie Senator Schmidt sagte, ein moralisches Problem nicht im Zeichen des Nationalismus, sondern der Solidarität mit den Millionen Ostdeutschen. Im staatsrechtlichen Sinn scheint jedoch weder die "Spannung" noch die "Entspannung" eine Lösung anzubieten, so daß man den Eindruck hat, es gehe darum, zunächst mit diesem Problem zu koexistieren. Wir werden sehen, ob sich im weiteren Verlauf der Diskussion neue Ansätze und Gesichtspunkte finden lassen.

Mohler

Sehr richtig, Herr Bondy, denn der bisherige Verlauf der Diskussion hat mich ein wenig mit Unbehagen erfüllt. Ich habe nur bei den Worten von Herrn Baring und Senator Schmidt etwas aufgeatmet, wenn ich auch mit vielen Einzelheiten, die sie sagten, nicht einverstanden bin. Aber sie hatten doch zumindest das richtige Vokabular.

Als wichtigste Veränderung in den letzten zehn Jahren müssen wir feststellen, daß es in der Politik keine Gesetzmäßigkeiten mehr gibt. Wir sind in eine Epoche eingetreten, in der wieder Freiheit in der Politik möglich ist. Man kann darüber streiten, wie weit dieser Multizentrismus oder Polyzentrismus fortgeschritten ist. Ich würde eher von einem "Pluralismus" der Mächte sprechen. Vokabeln wie Spannung und Entspannung gehen von einem vereinfachten Zustand der Welt aus, der in der modernen Zeit einmalig war: nämlich von der Spaltung der Welt in zwei Blöcke, die in sich machtmäßig und weltanschaulich einheitlich waren. Dieser Zustand ist vorbei. Jetzt hat die Politik im klassischen Sinne wieder das Wort - und in der Politik gibt es bekanntlich keine Gesetze. Man kann höchstens die nächsten zwei, drei Schritte voraussagen; es kommen unablässig neue Faktoren hinzu, die von Schritt zu Schritt alles verändern.

Die wichtigste Veränderung ist wohl die, daß weltanschaulich-moralische und rein politische Entscheidungen nicht mehr parallelgehen. Im Zustand des Blöcke-Dualismus von 1947 bis 1955 war es einfach. Der Feind, der machtmäßig gegenüberstand, war auch der Feind, den man weltanschaulich ablehnte. Sobald der Feind zweigeteilt auftritt, muß man politisch differenzieren. Zwei kommunistische Mächtigkeitsgruppen sind eben ganz etwas anderes als ein einheitlicher Weltkommunismus.

Es fiel das Wort: "Der Feind meines Feindes ist mein Freund". In diesem Wort steckt die Einsicht, daß die Weltpolitik komplizierter geworden ist. Es gibt nicht mehr eine Welttrennungslinie, sondern eine Mehrzahl von Trennungslinien. Dadurch haben die mittleren und kleineren Mächte wieder Spielraum. Es besteht auch keine unmittelbare Gefahr einer Großexplosion mehr; lokalisierte und konventionelle Konflikte sind das Wahrscheinlichere.

Das Wichtigste für die Europäer ist wohl, daß die Interessen der USA mit denen Europas nicht mehr in allen Fällen parallellaufen. Für die Amerikaner ist der Feind Nr.1 Rotchina, für die Europäer ist der Feind Nr.1 Sowjetrußland. Deshalb Verständigung Washington - Moskau. Deshalb ging de Gaulle nach Peking. Das hat auch schon den Erfolg gehabt, daß Adschubai sich bei de Gaulle anbiederte, das heißt, die Russen haben zum ersten Mal wieder von einer europäischen Macht Notiz genommen.

Mozer

Auf westlicher Seite haben wir mit diesem Pluralismus, wie Sie es nennen, Herr Mohler, erreicht, daß wir auf dem schönsten Wege in ein balkanisiertes Europa sind. Da sehe ich die große Gefahr. Dieser Vorwurf richtet sich nicht nur gegen die heutige französische Außenpolitik, die den Ansatzpunkt zu dieser Entwicklung gegeben hat.

Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, wo die Wirtschaftspolitik der EWG die Außenpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten berührt, nämlich in der Außenhandelspolitik. Wir erleben heute, daß in der Außenhandelspolitik die Länder einfach ihre eigenen Wege gehen. Von einer Konsultation, von einer Abstimmung untereinander kann gar keine Rede sein. Der Pluralismus, der sich im Ostblock entwickelt hat, könnte nur dann vorteilhaft für uns ausgenützt werden, wenn wir nicht im Westen einem ähnlichen Pluralismus zum Opfer fallen. Man hat Angst davor, sich zu einer gemeinsamen Außenhandelspolitik durchzuringen, weil das Verpflichtungen mit sich bringen würde.

Ich will die verantwortlichen Leute in Deutschland gar nicht eines Neonationalismus beschuldigen, aber ich bin davon überzeugt, daß dieser Pluralismus im Westen dazu führen wird, daß man in Deutschland die Karte derer spielt, die dann nationalistische Politik machen müssen, weil es die anderen tun. Es gibt keine Solidarität, und es gibt keine Kollektivität. Die Gefahr besteht darin, daß an der Spitze der französischen Regierung ein Mann steht, der Europa nur gelten läßt, wenn die anderen tun, was er sagt.

Mohler

Ein Mißverständnis stört unsere Diskussion. Es geht nicht darum, daß man etwas begrüßt, sondern daß man einen gegebenen Zustand endlich zur Kenntnis nimmt und von ihm ausgeht. Es hat keinen Sinn, jeden, der diesen neuen Zustand zur Kenntnis nimmt, gleich mit dem Stempel "Nationalist" zu versehen. Ob nun de Gaulle persönlich ein Nationalist ist oder nicht - er hat auf jeden Fall das Verdienst, daß er diesen Zustand wenigstens sieht und von ihm ausgeht.

Mozer

Er hat ihn produziert.

Mohler

Nein, wenn schon jemand, dann haben ihn die Chinesen produziert.

Mozer

Die Chinesen haben jedenfalls nicht den Pluralismus in Europa produziert.

Mohler

Aber das ist doch eine Kettenreaktion.

Mozer

Darf ich Ihnen mit einem Beispiel antworten: Ich habe mich über die Entwicklung dieses Pluralismus im Osten deshalb gefreut, weil damit ein östlicher Nachholbedarf gedeckt wird. Für uns im Westen war es selbstverständlich, daß wir uns in jeder Frage zusammenraufen mußten. Das ist unserer westlichen Struktur inhärent und nicht ohne weiteres zu verurteilen. Im Osten ist das anders. Dort ist es eine Todsünde.

Gresmann

Herr Mohler, wenn es stimmt, daß de Gaulle nur die Realität erkennt, wie lange dauert es dann, bis in Deutschland gelehrige Schüler des französischen Nationalismus sich fragen: Was soll uns eigentlich noch die EWG? Wo liegt unser nationales Interesse? Das kann dann sehr fatal für Europa werden.

Mohler

Ach Gott, das hat doch schließlich jede politische Situation in sich, daß sie auch mißbraucht werden kann. Es ändert nichts daran, daß man von der gegebenen Situation ausgehen muß. Wenn man hingegen so tut, als sei diese Situation gar nicht da ja, dann arbeitet man wirklich in die Hände derer, die diese Situation zu mißbrauchen suchen. Das ist elementarste Psychologie.

Lüthy

Politik, Herr Mohler, besteht doch nicht darin, daß man Tatsachen zur Kenntnis nimmt - das ist Soziologie;-, sondern daß man auf Grund der Tatsachen Entscheidungen trifft. Ich glaube, es ist ein Lebensinteresse Deutschlands, in einer kollektiven Politik mitzuarbeiten, statt eine eigene deutsche Politik zu machen, weil jeder deutsche Alleingang lebensgefährlich wäre. Nun gibt es die Konsultationsmechanismen des deutsch-französischen Vertrages, weiterhin die der EWG. Auch die Vereinigten Staaten konsultieren Deutschland stets, wenn europäische Fragen zur Diskussion stehen. Gibt dies alles keine Möglichkeit, einen deutschen Beitrag zur westlichen Politik zu leisten?

Sombart

Ihre Frage, Herr Lüthy, kann man doch wohl so beantworten, daß die Möglichkeiten deutscher Ostpolitik dort liegen, wo die deutschen nationalen Interessen mit den westlichen Interessen in Osteuropa zusammenfallen.

von Musulin

Es muß doch ein Ziel der europäischen Politik sein, im Föderalismus eine gewisse Einigkeit, eine gewisse Integration nicht nur hier in Europa, sondern auch in der atlantischen Welt zu erhalten. Denn mit einer solchen Potenz kann man natürlich mit den einzelnen Partnern im Osten viel besser verhandeln als zum Beispiel in einem italienisch-polnischen Gespräch, um einen extremen Fall zu skizzieren.

Müssen wir also diese Bewegung zum Pluralismus lediglich konstatieren und einfach hinnehmen, wie Herr Mohler sagt, oder besteht der Wille, weiterhin eine zusammengefaßte europäische Politik zu betreiben?

Mohler

Das Mißverständnis, von dem ich sprach, hängt immer noch über unserer Diskussion. Es ist das Wort "Nationalismus", mit dem andauernd auf die Leute gezielt wird, die den neuen Pluralismus der Welt zur Kenntnis nehmen. Die Deutschen wollen sicherlich keinen Alleingang. Aber sie müssen sich überlegen, wo eine Interessengemeinschaft ist, in die sie hineingehören. Und sie gehören zweifellos in eine Interessengemeinschaft, die von Frankreich bis nach Ungarn und Polen geht. Also muß sich dieses kontinentale Europa einigen.

Nun habe ich allerdings die sehr unorthodoxe Meinung, daß eine solche Einigung nicht am Verhandlungstisch erdebattiert werden kann. Solche Einigungen entstehen in der Geschichte immer unter einer Führungsmacht. Das war nicht nur in Deutschland - mit Preußen - der Fall, das war sogar in meiner schweizerischen Heimat so. Herr Allemann wird es mir bestätigen: Ohne die Führungsmacht Bern wäre die Schweiz nicht so entstanden, wie sie heute ist. Ich glaube, es wird sich keiner an diesem Tisch der Illusion hingeben, Deutschland könnte heute diese Führungsmacht sein. Das kann nur Frankreich sein.

Grosser

Das kann Frankreich nicht sein!

Mohler

Dieser Gedanke mag Herrn Grosser fremd sein dem französischen General-Präsidenten ist er es sicher nicht. Wieso sollen wir diesen französischen Hegemoniedrang, der nun einmal da ist, nicht ausnutzen? Wenn dieser französische Hegemoniedrang den Kontinent einigt, dann - à la bon heur - dann habe ich nichts gegen ihn.

von Musulin

Wir können uns doch diesem Hegemoniedrang nicht anschließen, wenn die erforderliche Macht fehlt. Eine Hegemonie ohne Macht ist gefährlich.

Mohler

Es ist schon einige Macht vorhanden. Man darf Frankreich nicht unterschätzen, denn Frankreich ist nicht nur de Gaulle. Es hat auch andere Trümpfe. Beispielsweise hat Frankreich die großartigste Führungselite in Europa. Der Elite, wie sie Frankreich etwa in seiner Ministerialbürokratie aufzuweisen

hat, kann keine andere europäische Macht etwas Gleichwertiges entgegenstellen. Da wird mir Herr Grosser sicher nicht widersprechen.

Dumitrescu

Die deutsche Politik ist nun einmal an die Frage der Wiedervereinigung gebunden, die im Grunde genommen außer den Deutschen nur Moskau interessiert und sonst niemand. Denn das vorrangige Ziel der amerikanischen Politik ist die Erhaltung des Friedens - unter allen Umständen. In der Defensive ist die gesamte westliche Politik einig, in der Zielsetzung einer offensiven Politik aber nicht. Anstatt hier die Ebenen richtigzustellen, redet man sich mit dem leeren Satz von der Erhaltung des Friedens heraus. Ich komme mir manchmal vor wie im Jahre 1938, als man genauso redete, kurz bevor der letzte Krieg ausbrach.

Zuerst einmal muß untersucht werden, ob die aufgezeigte Alternative in der westlichen Politik überhaupt sachlich richtig ist, ob wir tatsächlich in der Alternative Koexistenz oder Krieg leben. Bevor das nicht erwiesen ist, sind sämtliche darauf aufgebauten Pläne Spekulationen im luftleeren Raum.

Spinelli

Aber Koexistenz ist nicht nur eine Tatsache, sondern selbst ein Ziel.

Dumitrescu

Herr Spinelli, Sie wissen ganz genau, daß die Ost-West-Auseinandersetzung nicht eine Auseinandersetzung im klassischen Sinne der machtmäßigen Meinungs- und Interessenunterschiede zwischen Nationalstaaten welcher Art auch immer ist.

Allemann

Wenn wir den Osten nicht mehr als eine Einheit betrachten und es durchaus in unserem Interesse liegt, daß die Aufsplitterungstendenzen im Osten gefördert werden, dann haben wir uns aber auch zu fragen, wohin wir dabei zielen wollen. Die einen sagen, wir müßten eine Entspannungspolitik treiben, und meinen dabei immer eine Entspannungspolitik gegenüber dem ganzen Osten. Die anderen dagegen befürworten eine kollektive Politik des Westens, aber auch wieder gegenüber dem ganzen Osten. Ich frage mich: Gibt es nicht gerade hier die Alternative, die Aufsplitterungstendenzen im Osten zu fördern, und zwar in der Richtung auf eine Isolierung der DDR?

Herr Altmann hat von der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gesprochen. Er hat jedoch nicht ausgeführt, inwiefern er darin ein politisches Ziel sieht. Wenn man überhaupt eine Isolierung der DDR anstrebt, dann ist sicher einer der ersten Schritte dazu zwar nicht die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, wohl aber die Bereitschaft, diese Anerkennung wenigstens konditional auszusprechen, unter der Bedingung nämlich, daß Fortschritte in Richtung auf die deutsche Wiedervereinigung oder, was mir viel logischer erscheint, die Liberalisierung und freiheitlichere Entwicklung in der Sowjetzone gemacht werden. Das würde heißen, zum Beispiel ein Interesse Polens daran zu mobilisieren, daß der Status quo in der DDR verändert wird.

Man sollte nicht die Einstellung zur DDR und zum übrigen Osteuropa einfach in einen Einheitsbrei vermengen und dann so tun, als ob man notwendigerweise Herrn Ulbricht in die Arme schließen müßte, wenn man Entspannung mit Osteuropa im allgemeinen und mit der Sowjetunion im besonderen sucht.

Baring

Wenn man der Meinung ist, die Wiedervereinigung sei auf lange Zeit ausgeschlossen, wenn die einzige Hoffnung in einer allmählichen Liberalisierung des Regimes besteht, dann frage ich mich, ob der Druck, der von Warschau, Prag und anderen Ostblockländern vielleicht auf Ostberlin ausgeübt werden könnte, den Liberalisierungs-Prozeß in der DDR unter Umständen nicht hemmen würde. Die Gefahr einer Isolierung von allen Seiten, also auch im Ostblock, wird in der DDR-Führung zweifellos sehr stark empfunden. Das mag dazu führen, daß man sich in Ostberlin den anderen anpaßt. Es könnte aber auch sein, daß sich die deutschen Kommunisten angesichts der relativ zögernden Liberalisierung in der Sowjetunion und im Bewußtsein der großen wirtschaftlichen Bedeutung der DDR für den Block dem Druck widersetzen, weil sie fürchten, daß jeder Versuch einer kühnen Liberalisierung in einer Zeit, in der die DDR-Führung von allen Seiten angeschossen wird, außerordentlich gefährlich für den Bestand des Regimes werden könnte.

Lasky

Es ist heute unmöglich, Vertrauen zwischen Staaten, Völkern und Gruppen aufzubauen, ohne etwas radikal Neues zu schaffen. Man erkennt hierfür eine gewisse Basis insofern, als im Westen ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland, England und Italien, Österreich und den Niederlanden nicht mehr möglich ist. Das ist von der historischen Tagesordnung absolut weggefeht. Aber diese große Freude, diese utopische Hoffnung, die der europäischen Politik in Deutschland und in Europa zugrunde lag, ist nicht mehr da. Man hatte das Gefühl, daß die Nation nicht mehr fähig sei, die emotionale Bürde eines Herzens, einer Jugend zu tragen. Man sieht heute, daß die Jugend und wir alle ein wenig nationalistisch, europäisch und kosmopolitisch sind. Manchmal flattern wir ein bißchen mit der Fahne, wir sind jedoch nicht sehr stolz darauf, auch nicht sehr zynisch. Das gibt eine Mischung, die eine radikale Alternative nicht mehr zuläßt. Die Blickrichtung in der westeuropäischen, atlantischen Politik ist emotionell, psychologisch und theoretisch anders, als sie vor fünf, zehn oder fünfzehn Jahren gewesen ist. Damit müssen wir uns abfinden.

Auf der anderen Seite besteht das Elend im Osten. Wir können nicht genau feststellen, was in Polen oder Rumänien anders geworden ist. Manchmal täuschen wir uns. Es gibt einen rhetorischen Polyzentrismus. Weil irgend jemand einen kleinen Zeitungsartikel in Rumänien schreibt, sagt man, alles sei geändert. Was hat sich dabei aber eigentlich geändert? Zwar wird der Ostblock sicherlich nicht morgen gegen Westeuropa marschieren, aber da ist immerhin ein Block, das sind Freunde und Genossen, die sich verstehen. Ich bin nicht so optimistisch zu glauben, daß es wirklich im welthistorischen Sinne im Gebälk knistert, weil einige intellektuelle Kollegen in Polen oder Ungarn irgend etwas sagen. Aber das Elend, den Haß, die Furcht, diese Regime des Terrors, des Polizeistaates im alten stalinistischen Sinne gibt es heute nicht mehr. Der schreckliche Konformismus, besonders in kulturellen Dingen, in der donnernden, trommelnden öffentlichen Meinung ist auch nicht mehr da. Auch in der Politik steht weder in Moskau noch in Warschau oder Budapest der Sinn mehr nach rücksichtslosen Attacken gegen alles im Westen.

Als Fazit will ich sagen: Von uns aus gesehen, gibt es zum ersten Male im Osten und im Westen - zwar nicht wissenschaftlich meßbar - institutionelle Änderungen und gewisse wissenschaftliche Prognosen, welche politischen Zielsetzungen beide Seiten haben könnten. Das gibt uns allen, besonders hier in Deutschland, psychologisch eine andere Perspektive gegenüber dem Osten und dem Westen. Ich meine, daß eine Isolierung der DDR bestimmte Konsequenzen für die deutsche Politik in bezug auf die Wiedervereinigung haben würde. Dennoch bin ich mit dieser Formulierung nicht ganz einverstanden, denn ich glaube, daß wir ohne diese utopischen Impulse vor 10 oder 15 Jahren nicht wieder eine so gewaltige NATO-Struktur schaffen würden wie unter John Foster Duties.

Das Ziel ist, in einem Zeitraum von zwei, vier oder zehn Jahren allen Menschen in Ost und West das Gefühl zu geben, daß diese totalitären Regime ein Fremdkörper im Herzen Europas sind. Ich spreche jetzt bewußt psychologisch. Und wenn dieses Gefühl erzielt worden ist, kann man die Hoffnung haben, daß von Deutschland große Änderungen ausgehen werden.

Gresmann

Herr Lasky, Sie haben es verstanden, auf sehr brillante Weise alles zu relativieren. Es wird in der Bundesrepublik immer wieder behauptet, der Fortbestand der deutschen Teilung schaffe eine permanente Unruhe in Mitteleuropa. Sind Sie auch dieser Meinung?

Lasky

Nein! Bei der heutigen Kräftekonstellation glaube ich nicht, daß es eines Tages Bürgerkrieg oder Weltkrieg geben würde, wenn man die deutsche Frage nicht löst. Das ist Theorie. Es schien in der Vergangenheit manchmal so zu sein. Nach den sozialen und ideologischen Veränderungen, die ich geschildert habe, ist das keine haltbare These mehr.

Fyvel

Nach meinen kürzlichen Gesprächen mit jungen europäischen Intellektuellen mehrerer Länder, darunter Deutschlands, habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich in ihrem Ausblick eine wesentliche Wandlung vollzogen hat. Im großen und ganzen fand ich, daß diese jungen Menschen am Kalten Krieg nicht mehr interessiert sind. Verallgemeinernd würde ich sagen, daß sie vom orthodoxen Kommunismus nicht mehr angezogen werden. Aber zur gleichen Zeit scheinen diese jungen Intellektuellen auch wenig von dem westlichen Kapitalismus angezogen zu werden, von der NATO, dem "kleinen Europa" der Sechs, wie es von den alten Männern, Adenauer und de Gaulle, aufgebaut wurde. Was sie vor allem beschäftigte, war das Konzept des "tiers monde", der Gedanke, daß den

unterentwickelten zwei Dritteln der Menschheit geholfen werden muß. Ja, sie sahen in einem organisierten Bemühen, dieses Bedürfnis zu befriedigen, einen möglichen Ausweg aus dem heutigen Ost-West-Konflikt.

Ich glaube, daß die Politik der deutschen Regierung in diesem Punkt ein besseres "Bild" projizieren könnte. Ich weiß, daß die Bundesrepublik den Entwicklungsländern umfangreiche Finanzhilfe gewährt und daß es für die deutsche Politik nicht leicht ist, Fortschritte in Moskau zu machen. Dennoch gibt es Möglichkeiten für beschränkte praktische Schritte. Zum Beispiel würden positive deutsche Erklärungen gegenüber Polen und der Tschechoslowakei ein günstiges internationales Echo hervorrufen. Die Bildung eines deutschen "Friedenskorps" zum Beispiel wäre eine nützliche Ergänzung der Hallstein-Doktrin.

Kurz, wir brauchen eine neue Beweglichkeit, ein neues phantasievolles Gesicht der deutschen Politik, das für die jungen deutschen Intellektuellen anziehender wäre und ihre Energien nutzen könnte. Dieses neue Gesicht ist meiner Ansicht nach längst überfällig.

Bondy

Ein Problem ist bisher nicht behandelt worden, nämlich die Frage: Soll Europa, gestützt vor allem auf die Bundesrepublik und Frankreich, danach streben, eine völlig selbständige westliche Großmacht zu werden, um zu verhüten, daß es ein Opfer einer, wie Herr zu Guttenberg sagte, falschen amerikanischen Entspannungspolitik wird?

von Musulin

Die Möglichkeit einer Kombination zwischen den europäischen Mächten Deutschland und Frankreich, die Möglichkeiten einer solchen Großmacht politisch auszunutzen ist letzten Endes eine Frage des strategischen und militärischen Potentials. Wer sich aber die französische Armee reform mit dem Endziel auf das Jahr 1972 einmal mit auch nur laienhaftem Verstand angesehen hat, erkennt, wie schmal dieses Potential und wie gering es im Verhältnis zu den beiden gewaltigen Mächten ist. Das ist also ein Fundament, das eine solche Politik wahrscheinlich in absehbarer Zukunft gar nicht tragen kann.

Fyvel

Aber hier gibt es einen großen Unterschied. Die Schaffung einer unabhängigen französischen Abschreckungswaffe wird als eines der wichtigen Ziele der französischen Politik dargestellt. Wenn Mr. Thorneycroft dagegen von der britischen unabhängigen Abschreckungswaffe spricht, die auf den Polaris U-Booten basiert, dann spricht er nicht autoritativ für die gesamte öffentliche Meinung Großbritanniens. Der Gedanke einer von den USA unabhängigen britischen Abschreckungswaffe wird von mehreren wichtigen Zeitungen und vor allem von den jüngeren Kritikern nicht ernst genommen.

Und deswegen möchte ich Herrn zu Guttenberg fragen: Glauben Sie, daß die französischen Kernwaffen 1967 Frankreich mehr echte Unabhängigkeit geben werden, als Großbritannien sie heute durch seine Kernwaffen hat?

Spinelli

Europa als dritte Großmacht ist die Transposition aus dem europäischen Plan nach der Idee von de Gaulle. De Gaulle würde sehr gern der "leader" dieser großen Macht werden. Ich glaube aber, dieses Europa würde in der Welt notwendigerweise ein Faktor der Unruhe werden, insofern als Frankreich, England oder auch Deutschland nicht genug Kraft haben, um zu einer Parität mit Rußland und den Vereinigten Staaten zu gelangen. Wir wissen jedoch, daß ein vereinigtes Westeuropa die technischen Möglichkeiten besitzt, dies zu erreichen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müßte ein solches Europa aber ein "unruhiges" Europa werden mit Revindikationen, mit einem fortwährenden Protest gegen die Amerikaner, aber auch gegen die Russen. Das heißt, es müßte die gleiche Rolle spielen, die Preußen und später Deutschland im vergangenen Jahrhundert gespielt haben. Es wäre eine Macht, die fühlt, daß sie nicht den richtigen Platz in der Welt erobert hat. Das würde auch innerpolitische Konsequenzen haben, weil dadurch die nationalistischen, neonationalistischen Gefühle, das heißt ein europäischer Nationalismus, gefördert würden. Auch die Wirtschaftspolitik würde in diesem Sinne entwickelt werden. Ich halte das jedoch nicht für ein würdiges Ziel.

Wenn wir von den jetzigen Tatsachen ausgehen, dann würde ich es als ein Ziel für Europa, auch für ein vereinigtes Westeuropa, ansehen, nicht eine neue Großmacht zu werden, sondern die

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten so zu verändern, daß Europa das Recht beanspruchen kann, seine Stimme in der Weltpolitik und Weltstrategie geltend zu machen.

Gresmann

Wo ist der Unterschied?

Spinelli

Der Unterschied liegt darin, daß man eine gemeinsame Politik mit gemeinsamen Institutionen macht, die nicht im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten steht. Die atlantische Integration wird ein Versuch sein, die Multipolarität zu hemmen und in eine atlantische Gemeinschaft zu transformieren. Ich denke, daß das der Beitrag ist, den Europa heute im Sinne der Erhaltung des Friedens leisten kann.

Sombart

Nicht Großmacht, sondern "Region Europa" scheint mir die eigentliche Aufgabe zu sein. "Region" im Sinne der Erfordernisse einer planetarischen Organisation dieses Erdballes, wie sie auf der Ebene der Weltorganisation auch schon ihre ersten Ansätze findet. Ob es sich um das Problem Entwicklungshilfe oder andere Lebensprobleme der Menschheit handelt, immer wird es sich als notwendig erweisen, ethnisch und zivilisatorisch homogene Verwaltungseinheiten aufzugliedern. Diese Aufgliederung vollzieht sich unter unseren Augen: Südamerika, arabischer Raum, Afrika. Im Zuge dieses Aufgliederungsprozesses wird auch Europa zu einer "Region" im technischen Sinne der Vereinten Nationen werden, ja ist es weitgehend schon. Die europäische Integration erscheint dann weniger als eine intereuropäische, denn als eine Weltangelegenheit. Beginnt man aber von einer "Region Europa" zu sprechen, ist es selbstverständlich, daß auch eine deutsche Politik darin ihre Grenzen und ihre Zielsetzung finden muß.

Gresmann

Ich finde es anfechtbar, daß Sie von der Selbstverständlichkeit der Europa-Konzeption ausgehen, Herr Sombart. Nachdem in der Tat de Gaulle die Vorstellung vom integrierten Europa getötet hat, besteht die Frage, ob nicht unter dem Schutz der amerikanischen Sicherheitsgarantie, unter der de Gaulle seine Separatspolitik ja nur betreiben kann, ganz andere politische Möglichkeiten für die Bundesrepublik zu eruieren sind.

Dumitrescu

Aus meiner Perspektive, als Rumäne, ist die europäische Integration ein sehr dynamischer Faktor der westlichen Allianz. Ich sehe in der Atlantischen Gemeinschaft die absolute Notwendigkeit zur Sicherung der Freiheit. Auf dem Hintergrund dieses defensiven Potentials stellt die europäische Integration einen dynamischen Faktor dar.

Es handelt sich um die Schaffung eines Machtpols, dessen Ausstrahlungskraft eine Weiterentwicklung der Freiheit in den westlichen Teilen dieses Kontinents zur Folge hat und darüber hinaus eine Zuwachsrate an gestalteter politischer und wirtschaftlicher Freiheit im Hinblick auf die früheren Kolonialgebiete schafft und im Sinne einer Verstärkung der Krise des kommunistischen Systems eine zersetzende Kraft innerhalb des kommunistischen Raums ausübt. Somit leistet dieser Machtpol einen indirekten, aber effektiven Beitrag für die zentrifugalen Kräfte in diesem Raum, weil in Osteuropa das, was Pluralismus oder Polyzentrismus genannt wird, nichts anderes ist als ein Phänomen der Degeneration, des Auseinanderfallens, ein Prozeß, der geschichtlich auch bekannt ist und gefördert werden kann. Ein integriertes Europa ist die Antwort der freien industriellen Gesellschaft auf die antiquierten marxistischen Gesellschaftsstrukturen im Osten.

Infolgedessen ist die Schaffung dieses integrierten Europas, wenn man es politisch gezielt umsetzt, nicht als Imperialismus zu bezeichnen, weil angesichts der Resultate, die der Vermehrung der menschlichen Freiheit dienen, die Integration Europas nichts anderes ist als die Erfüllung einer moralischen Verpflichtung. Hierin liegt auch die Lösung des deutschen Problems, weil diese Integration Europas überhaupt die Voraussetzung einer Lösung des Ost-West-Konfliktes unter Umgehung einer dritten Weltkatastrophe schafft.

Sombart

Herr Grosser hat gesagt, wir sprächen über Europa und die europäische Einigung, aber wir wüßten nicht genau, welches Europa wir meinen. Das ist sehr richtig. Man hat in der Tat den Eindruck, daß,

wenn von europäischer Einigung die Rede ist, man ausschließlich die Integration der Sechs im Auge hat, allenfalls noch das Problem: die "Sechs" und England.

Völlig in Vergessenheit geraten scheint der Ansatz einer großeuropäischen Einigung. Dabei ist die Bundesrepublik nicht nur Mitglied des Gemeinsamen Marktes, sondern auch des Europarates.

Die großeuropäischen Einigungsbestrebungen haben von Anfang an ihre Fühler über den Rahmen der Mitgliedsstaaten hinaus ausgestreckt und vor allem auch nach Osteuropa geschaut. Wenn aber erst das osteuropäische Problem als Teilproblem der europäischen Einigung verstanden wird, werden sich interessante Ansatzpunkte für eine nichtnationalistische Lösung der deutschen Frage ergeben.

Bondy

Meine Herren, wir kommen jetzt zum Schluß der Voten, und ich darf zunächst Sie, Herr zu Guttenberg, und anschließend Herrn Grosser bitten, sich noch einmal zusammenfassend zu äußern.

Freiherr zu Guttenberg

Ich werde versuchen, mein Schlußwort so kurz wie möglich zu fassen, bitte aber um Verständnis, daß noch manche Frage, die direkt an mich gestellt wurde, beantwortet werden muß.

Herr Prittie hielt es für möglich, in der deutschen Politik dadurch Phantasie zu entwickeln, daß die Haustein-Doktrin aufgegeben wird. Das würde bedeuten, daß die Ein-Deutschland-Politik, die die Bundesrepublik bisher geführt hat, beendet und einer Zwei-Deutschland-Politik mindestens das Tor aufgemacht wird. Auf die Gefahren einer solchen Politik habe ich vorhin hingewiesen.

Herr Baring sagte, wir hätten uns in der deutschen Politik bisher pragmatisch gegen den Westen, aber dogmatisch gegen den Osten verhalten. Gewiß, gegenüber dem Westen kann man sich sehr viel pragmatischer verhalten, da dort ein großes Manövriertfeld zur Verfügung steht. Herr von Musulin wies schon darauf hin, daß gegenüber dem Osten, wo es dieses Manövriertfeld nicht gibt, eben nach Lage der Dinge auch weniger Bewegung möglich ist. Ich halte es zum Beispiel für eine Frage des politischen Einmaleins, daß der Forderung nach deutscher Einheit nicht dadurch gedient werden kann, daß der Mann, der die Spaltung Deutschlands repräsentiert, nämlich Herr Ulbricht, als innerdeutscher Gesprächspartner angenommen wird. Das kann ich nicht für Dogmatismus halten. Da muß ich mich lediglich entscheiden, welche Politik ich führen will.

Herr Baring, Sie sprachen von juristischem Dogmatismus. Das wird heute meist im Zusammenhang mit der Haustein-Doktrin gesagt. Hier hindere ein reiner Rechtsstandpunkt die Beweglichkeit. Ich bin nicht der Meinung, daß es sich bei der Hallstein-Doktrin vorrangig um eine Rechtsfrage handelt. Es handelt sich um eine politische Frage, nämlich darum: Wie beurteile ich Herrn Ulbricht, und wie setze ich seinen sogenannten Staat in mein politisches Kalkül ein? Die Frage, ob man diesen sogenannten Staat völkerrechtlich anerkennt, spielt gegenwärtig keinerlei Rolle. Die politische Frage ist gestellt: Wie behandle ich ihn? Kann ich ihn unterhalb der Schwelle völkerrechtlicher Anerkennung als politischen Gesprächspartner annehmen? Tue ich das, werde ich aus der Sache nicht wieder herauskommen. In dem Moment, wo ich es getan hätte, hätte ich der Zwei-Deutschland-Politik endgültig zugestimmt.

Was die sogenannte "Fratze des Kommunismus" angeht, von der Herr Baring sprach, so gibt es sicherlich Leute, die meinen, der Kommunisten-Ideologie im Westen eine Anti-Ideologie entgegensetzen zu sollen. Ich halte das für einen verheerenden Irrtum. Ich würde im Gegenteil sogar glauben, daß der freiheitliche Raum sich geradezu negativ dadurch definieren läßt, daß es in ihm keine Ideologie geben soll, geben darf.

Herr Prittie hat vorgeschlagen, ob man nicht durch Kontakte in Osteuropa eine Liberalisierung der dortigen Kommunisten ins Auge fassen sollte. Wir haben aber als bisheriges Ergebnis westlicher Versuche, durch Kontakte und wirtschaftliche Hilfen zu "liberalisieren", wenig ermutigende Erfolge gehabt. Herr Tito zum Beispiel, der klassische Abtrünnige, liegt heute Herrn Chruschtschow in den Armen. Auch wenn ich mir Herrn Gomulka ansehe, so sind auf ihn eine Menge an Krediten, Goldstücken und guten Worten verwendet worden. Die Wahrheit ist aber leider die, daß die beschränkten Freiheiten des Jahres 1956 wieder weitestgehend eingeschränkt wurden und Herr Gomulka heute - außenpolitisch betrachtet - zu den konformistischsten Vertretern der Chruschtschow-Politik zählt. Ich frage mich daher: Wo sind die bisherigen Erfolge dieser Kontaktpolitik?

Was die Liberalisierung in der Sowjetunion angeht, so stimme ich Herrn Lasky zu, daß es dort keinen direkten physischen Terror mehr gibt. Die sogenannte Liberalisierung ist aber von oben gewährt und nicht von unten erkämpft worden. Sie kann also morgen auch wieder von oben beendet werden, überhaupt haben wir in der kommunistischen Entwicklung in der Sowjetunion in den letzten 45 Jahren

manches Auf und Ab und schon manche sogenannte Liberalisierung erlebt. Im übrigen glaube ich nicht daran, daß eine solche Liberalisierung von der Peripherie zur Mitte vordringen könnte. Wenn, dann von der Sowjetunion nach Polen, nach Ungarn, in die Tschechei; nicht aber umgekehrt. Denn die Machtverhältnisse sind immer noch so, daß derjenige, der im Zentrum sitzt, bestimmt und nicht diejenigen, die draußen sitzen. Ich glaube also nicht, daß eine Liberalisierungspolitik in Osteuropa dazu führen könnte, daß sich im Zentrum Entscheidendes ändert.

Nun einiges zur Frage der Handelskontakte, die in Form von deutschen Missionen in Warschau, in Bukarest und in Budapest aufgenommen wurden oder noch aufgenommen werden sollen. Ich könnte mir politische Situationen vorstellen, in denen solche Missionen im Zusammenhang mit einer offensiven Politik nützlich sein mögen. Ich muß allerdings sagen, daß ich im Augenblick wirklich nicht weiß, was man eigentlich damit will. Will man mit den Handelsmissionen auflockern, oder will man entspannen? Beides zugleich kann man nicht. Ich kann nicht in Warschau auflockern, Polen also sozusagen aus dem sowjetischen Block herauszumanövrieren versuchen, und gleichzeitig mit der Sowjetunion Entspannung suchen.

Altmann

Herr Baring hat recht! Das, was Sie vortragen, ist dogmatische Politik.

Freiherr zu Guttenberg

Das müßten Sie mir noch nachweisen.

Wenn ich aber entspannen will, dann muß ich mit der Sowjetunion ein einigermaßen versöhnliches Klima erreichen. In dem Moment aber, in dem ich versuche, etwa in Polen oder in Ungarn eine Auflockerungspolitik zu treiben, kann ich doch nicht erwarten, daß hierdurch das Klima zwischen Moskau und uns verbessert wird.

Was die Isolierung der DDR angeht, von der Herr Allemann gesprochen hat, so halte ich auch hiervon nicht viel, weil die Verhältnisse in der Zone nicht von Polen oder Ungarn bestimmt werden, sondern von der Sowjetunion.

Ich habe nicht gesagt, Herr Prittie, die Europäer sollten die deutsche Frage lösen.

Prittie

Sie sagten: europäisch gelöst werden.

Freiherr zu Guttenberg

Nein. Ich sagte, daß ein deutscher Alleingang in diesen Dingen zu keinem positiven Ergebnis führen könnte. Ich glaube, daß wir diese Frage nur mit unseren Bündnispartnern, mit dem Westen und im Zusammenhang mit unserer Europa-Politik lösen können, nicht aber sozusagen gegen sie oder in Distanz zu ihnen.

Prittie

Nur habe ich gemeint, die Initiative sollte nicht von Ihren Partnern kommen, sondern von Ihnen selbst. Man braucht nicht von einem deutschen Alleingang zu reden; ich habe nicht daran gedacht. Aber um das deutsche Problem zu lösen, müssen die Deutschen vor allem konstruktive Ideen vorbringen. Gute Ideen sind niemals überflüssig.

Freiherr zu Guttenberg

Wir brauchen keine deutsche, sondern eine gemeinsame westliche Initiative.

Herr van Dijk hat gesagt, die Deutschen sollten offen erklären, daß sie der europäischen Einigung den Vorrang vor der deutschen Wiedervereinigung einräumten. Ich habe vorhin gesagt, daß kein anderer Weg zur deutschen Einheit in Freiheit führe, als der der Förderung dieser europäischen Einigung. Insoweit besteht also ein zeitlicher Vorrang. Aber ich glaube, daß umgekehrt die Deutschen von ihren Partnern erwarten müssen, daß es ihnen nicht unmöglich gemacht wird, bei dieser These zu bleiben. Man würde dies den Deutschen aber unmöglich machen, wollte man versuchen, die Lösung der deutschen Frage als das Ziel der gemeinsamen Politik in Vergessenheit geraten zu lassen. Man muß den Deutschen also nicht nur sagen, daß man Verständnis für ihre Situation hat, sondern man muß begreifen, daß es sich hier um einen objektiven Sachverhalt handelt, der alle angeht und nicht nur uns

Deutsche, denn wenn die Stabilität der Bundesrepublik in Frage gestellt würde, wäre damit die Stabilität Westeuropas bedroht.

Dann hat Herr Grosser in der Diskussion sehr deutlich und sehr ehrlich gesagt, Stabilisierung und Liberalisierung könnten ein und dasselbe sein. Ich sage "sehr ehrlich" deshalb, weil uns immer wieder unter dem Firmenschild der Entspannung bestimmte Projekte vorgeschlagen werden, die meiner Meinung nach tatsächlich der Stabilisierung dienen sollen. Sie werden uns aber so dargestellt, daß sie ein Schritt nach vorn sein könnten in den Fragen der deutschen Einheit und Freiheit. Ich meine, man soll ehrlich sein und zugeben, daß es sich hier um eine neue Politik handelt; darum nämlich, daß die "Liberalisierung" des Ostblocks erreicht werden soll durch die Stabilisierung der dortigen Regierungen. Gut, wenn diese These richtig ist, wird man sie auch auf Deutschland anwenden müssen. Die Deutschen könnten dann nicht in eigener Sache gegen den Strom schwimmen. Das hieße aber Verzicht auf die deutsche Einheit und Hinnahme der Teilung; das hieße weiter: Hoffnung auf die Liberalisierung des Ulbricht-Regimes, indem man sich mit ihm an einen Kontakttisch setzt und also den Status quo hinnimmt. Ich frage mich, aus welchem Grunde und aus welchen Erfahrungen heraus man eigentlich erwartet, daß eine solche Hinnahme des Status quo zu einer Liberalisierung der kommunistischen Wirklichkeit führen könne. Wir haben in Deutschland Erfahrungen mit einem totalitären Regime. Sie sprechen eher für das Gegenteil.

Ich glaube, daß die Anerkennung der Teilung dazu führen müßte, daß in Deutschland die Behauptung aufgestellt wird, die Westpolitik sei gescheitert. Und da kann man sich mit wenig Phantasie ausmalen, was dann am Ende geschähe.

Herrn Gresmann darf ich sagen, daß ich nicht zu den "Nichtentspannern" gehöre, sondern zu denen, die glauben, daß dieser Weg nicht zu der gewünschten Entspannung führt. Für die Entspannung sind wir alle. Die Frage ist: Welcher Weg bringt die Entspannung?

Mr. Windsor meinte, daß der Streit der Großmächte um Deutschland eigentlich der Kern des Kalten Krieges und die Ideologie noch sozusagen hinzugekommen sei. Ich möchte dem widersprechen. Ich bin zwar auch der Meinung, daß in der Sowjetunion noch immer Elemente des alten Rußland erhalten geblieben sind. Aber die Sowjetunion ist heute eine primär kommunistische Macht. Sie führt in Osteuropa eine Politik, die den Sicherheitsinteressen Rußlands diametral entgegengesetzt ist. Indem sie nämlich in Osteuropa Minderheitsregierungen am Ruder hält, schafft sie selbst einen Zustand latenter Revolutionsbereitschaft. Das tut sie doch gewiß nicht ihrer Sicherheit wegen, sondern weil sie primär ideologisch handelt. In der Sowjetpolitik ist das erste Element das kommunistische und das zweite das national-imperialistische.

Herr Schmidt hat sich dagegen gewandt, daß der einzig wirklich aktive Weg zur deutschen Wiedervereinigung in Freiheit der der Europa-Politik sei. Um die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung zu schaffen, sagte ich, muß man den Westen stärken und einigen, denn nur so kann man den Kommunisten zeigen, daß der Wind der Geschichte ihnen ins Gesicht bläst und nicht uns.

Er hat dann Argumente gebracht, die etwa der Politik eines deutschen de Gaulles entsprechen könnten. Er sprach davon, daß nach seiner Meinung eine zentrale europäische Autorität nie zu erreichen sein werde und daß unter dem Vorzeichen der Multipolarität auch für die deutsche Politik mehr Chancen entstünden. Er sagte, man solle kleine Schritte wie etwa Beobachtungsposten links und rechts des Eisernen Vorhangs ins Auge fassen. Es ist ein Mißverstehen der These de Gaulles, daß unter dem Vorzeichen der Multipolarität jeder, also auch die Deutschen, beginnen sollte, seine eigenen Dinge selbst zu vertreten. Ich halte davon nichts. Ich bin der Meinung des Herrn Lüthy, daß die deutsche Politik im Rahmen der Bündnisse und der Gemeinschaften stattfinden muß.

Man sagt leichthin: Polyzentrismus im Osten sei eine gute Sache, da sie den Osten schwäche, aber eine schlechte Sache für den Westen, der nicht geschwächt werden dürfe. Die Wirklichkeit scheint mir etwas komplexer zu sein. Im Osten kann man gar nicht von Polyzentrismus reden. Dort gibt es heute einen Duozentrismus, nämlich den Streit zwischen Peking und Moskau. In Osteuropa gibt es nicht mehrere Zentren der Macht, sondern einen eingeschaukelten Gleichgewichtszustand, der die Situation stabilisiert hat. Die Herren in Osteuropa leben ganz zufrieden unter der Herrschaft dieser Stabilität des sowjetischen Kolonialregimes.

Allemann

Sehen Sie die Tatsache nicht, Herr zu Guttenberg, daß sich zum Beispiel Rumänien strikt weigert, in dem sowjetisch-chinesischen Konflikt eindeutig Partei zu ergreifen?

Freiherr zu Guttenberg

Natürlich sehe ich das, weil ich ebenso wie Sie Zeitungen lese, Herr Allemann. Ich ziehe nur einen anderen Schluß daraus. Ich bin nämlich nicht der Meinung, daß die rumänische Geschichte etwas mit Polyzentrismus zu tun hat. Zum Zentrum gehört für mich Macht, und die haben die Rumänen nicht. Ich stelle vielmehr fest, daß die Rumänen ein gutes Geschäft mit ihrer Politik machen. Es ist eine alte Tatsache, daß die Rumänen zu den geschicktesten Diplomaten Osteuropas zählen. Auch der für so sehr selbständig gehaltene und dafür mit Geld unterstützte Gomulka hat vor zwei Jahren einen eigenen Antrag im COMECON gestellt, in dem er für noch stärkere Vereinheitlichung der Wirtschaft im Ostblock plädierte.

Im Westen war es bisher eine allseitig akzeptierte Politik nicht nur der Bundesrepublik und nicht nur de Gaulles, daß es zwei Zentren der Allianz geben sollte. Wir haben einerseits gesagt: Solidarität zwischen Europa und Amerika, und andererseits: dieses Europa muß sich einigen und zu einer Weltmacht werden. Man hat nun vorhin zum Wort "Weltmacht" Kritisches gesagt: Der Terminus technicus stammt von Präsident Kennedy. Er hat ihn in der Paulskirche angewendet. So sehr anti-amerikanisch kann er also kaum sein.

Herr Lüthy hat dann gefragt: Gibt es überhaupt Möglichkeiten deutscher Außenpolitik? Ist Deutschland nicht im Grunde ohnmächtig? Gewiß, die deutsche Außenpolitik hat wenig Spielraum. Aber es gab zum Beispiel eine Entscheidung, die nicht einfach zu treffen war, nämlich die Entscheidung für die endgültige Westorientierung Deutschlands. Diese Entscheidung bedurfte großer parlamentarischer Kämpfe und ist beileibe keine Selbstverständlichkeit in Deutschland gewesen. Im Selbstverständnis der Deutschen waren auch andere Entscheidungen möglich, und ich fürchte sogar, daß diese noch nicht ein für allemal begraben sind. Natürlich kann man objektiv sagen, jede andere Politik wäre verheerend. Aber wie kann man diese Einsicht der Deutschen erhalten?

Sie haben dann gesagt: Öffnung der EWG nach Osten. Wenn das Handelspolitik mit dem Osten heißt, würde ich sagen, eine in zentrale politische Obhut genommene westliche Osthandelspolitik wäre eine meiner dringlichsten Wünsche, und die EWG wäre das geeignete Instrument dafür. Dann wäre man endlich einmal aus der bisherigen Lage heraus, daß Osthandel dem Egoismus einzelner Staaten oder Firmen folgt. Wogegen ich mich aber wenden würde, wäre der Versuch der Assoziation oder gar der Hereinnahme kommunistischer Länder des Ostens in die EWG.

Herr Altmann hat recht, wenn er sagt, der Sinn des deutsch-französischen Vertrags sei bisher noch nicht so recht definiert worden. Sie haben mich aber falsch verstanden, Herr Altmann. Ich habe den deutschfranzösischen Vertrag nicht als einen Anfangspunkt bezeichnet, sondern bedauert, daß er das nicht war. Ich habe gesagt, er war leider nur ein Schlußpunkt.

Er wurde deshalb kein Anfangspunkt, weil die Deutschen keine wirklichen Anstrengungen gemacht haben, sich mit den Franzosen zusammen über die Harmonisierung ihrer Politik zu einigen.

Ich bin dann von Herrn Ljungloef gefragt worden, was ich vom Rapacki-Plan hielte. Sie waren der Meinung, daß es sich bei diesem Plan um vorwiegend polnisches Interesse handle. Sicherlich ist auch polnisches Interesse im Spiel, aber vorrangig dient der Plan sowjetischem Interesse.

Der erste Rapacki-Plan stammt nämlich nicht von Herrn Rapacki, sondern wurde in der Londoner Abrüstungskonferenz von den Sowjets vorgelegt. Die Idee der atomwaffenfreien Zone in Europa ist keine originär polnische, sondern eine originär sowjetische Überlegung. Die Polen haben dann sehr geschickt versucht, ihr eigenes Interesse hineinzuflechten. Aber im Grunde handelt es sich um eine Sache, die auf die Veränderung des militärischen Gleichgewichts in Europa zielt. In dem Moment nämlich, in dem eine solche Zone in Mitteleuropa geschaffen wäre, stellt sich die Frage, ob irgend jemand von den Amerikanern verlangen kann, daß sie ohne atomare Waffen in Deutschland bleiben. Die Amerikaner werden mit Sicherheit nein sagen. Wir würden das als Amerikaner auch tun. Und sie würden dann Deutschland verlassen.

Es wurde nach den Konditionen gefragt, unter welchen man die Oder-Neiße-Linie anerkennen würde. Herr Allemann, diese Konditionen heute zu nennen, würde ich vor allem für sehr schlechte Politik halten. Wenn ich mich auf solche Bedingungen einlassen wollte, hätte ich damit die Sache der Oder-Neiße-Linie schon aus der Hand gegeben. Ich hätte den Preis verspielt und nichts gewonnen. Man muß doch davon ausgehen, daß der Westen sozusagen Schach spielt: Jeder kann ihm zusehen, jeder beobachtet jeden Zug. Der Osten spielt Poker und sieht allein seine Karten, und niemand anders kennt sie. Aber wir sollten nicht glauben, daß wir Schach nach den Regeln von Poker spielen können. Wir können nur Vorschläge machen, die im Augenblick auch von allen Beteiligten akzeptiert werden können.

Außerdem hat Herr Gomulka bereits einige Male gesagt, daß es ihm gänzlich gleichgültig wäre, ob die Deutschen die Oder-Neiße-Linie anerkennen würden oder nicht. Er würde einer derartigen Erklärung der Bundesregierung selbstverständlich keinen Glauben schenken. Im übrigen bitte ich doch einmal zu überlegen, was geschehen könnte, wenn die Deutschen die Oder-Neiße-Linie anerkennen sollten. Wie, wenn einige Jahre später Herr Chruschtschow entdecken sollte, daß Breslau doch deutsch sei? Wie sähe die Lage dann in Deutschland aus?

Herr von Musulin meinte, es sei doch eine Illusion zu glauben, daß eine Weltmacht Europa mit der militärischen Macht der Sowjets oder der Amerikaner gleichziehen könne. Ich kenne auch niemanden, der das glaubt. Dieser Vorsprung ist nicht einzuholen. Aber: Ich bin zwar kein Freund aller Extremtheorien des Herrn Gallois, doch mit einem Satz hat er sicher recht, nämlich mit dem, daß man einen möglichen Angreifer von seiner Absicht, sein Opfer zu töten, wahrscheinlich schon dadurch abhalten könne, wenn man ihm klarmachen kann, daß er dabei einen Arm verliert. Seinen Kopf mag er ruhig behalten.

von Musulin

Wenn man allerdings den zweiten Fall weiter denkt und dann sagt, daß der nächste Schlag ganz Frankreich auslösche, wird die Amputierung des russischen Armes sehr unwahrscheinlich.

Freiherr zu Guttenberg

Das gleiche gilt für Amerika; das ist kein Argument. Denn auch für Amerika wird in einigen Jahren die absolute Vernichtbarkeit genauso wie für die Franzosen gelten. Ich glaube nur, daß der Selbstmord zugunsten Dritter noch unwahrscheinlicher ist als der Selbstmord des Verzweifelten, der selbst Gegenstand des Angriffs ist. Baldwin hat in der "New York Times" geschrieben, die Franzosen würden im Jahre 1967 in der Lage sein, eine Wasserstoffbombe über Moskau abzuwerfen: "And that will make some impression on Mr. Khrushchev". Ich würde glauben, daß er damit Recht hat. Wie groß dieser Eindruck ist, mag eine zweite Frage sein. Aber von Gleichziehen redet niemand. Es handelt sich nicht darum, daß man ein Gleichgewicht der Zerstörungsquantitäten in Megatonnen ausgerechnet herbeiführen kann. Es handelt sich darum, daß man ein Risiko-Verhältnis schafft, das den Angriff unwahrscheinlich macht. Und das, glaube ich, ist für Europa möglich.

Gresmann

Führt diese Theorie von der Unwahrscheinlichkeit des Selbstmords zugunsten anderer schließlich zu eigenen deutschen Atomwaffen?

Freiherr zu Guttenberg

Gewiß nicht.

Gresmann

Wieso nicht?

Freiherr zu Guttenberg

Weil in dem Augenblick, wo ein deutscher verantwortlicher Politiker das ausspräche, die NATO in Europa erschüttert würde.

Gresmann

Wieso sollte mehr Verlaß auf französische Atombomben sein als auf amerikanische?

Freiherr zu Guttenberg

Ich bin kein Anhänger der französischen "force de frappe" als nationaler Waffe. Ich bin vielmehr der Meinung, daß auf dem Wege der Reformdiplomatie, der Überredung der Amerikaner also, bisher keinerlei Abkehr der Amerikaner von der Hegemonialstruktur des Bündnisses erreicht werden konnte. Hingegen glaube ich, daß man durch eine Reformpolitik, wie sie die Franzosen auf diesem Felde führen, die Amerikaner am Ende dazu bringen wird, sich mit einem entschlossenen Europa zu arrangieren. Die Amerikaner tun das bereits mit den Franzosen. Es wird zwar in der Öffentlichkeit eine große Kampagne gegen die "force de frappe" geführt - nicht ohne Unterstützung Washingtons. In Wahrheit aber hat man sich unter der Decke bereits arrangiert. Die Franzosen bekommen ihre

Tankflugzeuge, und der Einbau der französischen "force de frappe" in das amerikanische Lenkungszenrum ist bereits vereinbart. Man kann die "force de frappe" deshalb mit einiger Sympathie betrachten, weil sie ein möglicher Keim für eine europäische Atomstreitmacht innerhalb der NATO im Verband mit den Amerikanern ist.

Herr Spinelli hat gesagt, er sei gegen die Weltmacht Europa, aber die Europäer sollten mitreden können. Ich bedaure - ein Europa, das nicht einig ist, ein Europa, das nicht etwas Macht in den Sattel bringen kann, wird eben nicht mitreden können. Ich glaube nicht, daß man das eine erreichen kann, ohne das andere zu tun.

Kennedy hat davon gesprochen, Europa sollte mit einer Stimme reden, es sollte handlungsfähig werden. Es sollte politische Einheit werden. Was geschieht mit Europa, wenn dieses Europa sich nicht seiner selbst bewußt wird und wieder eine Kraft bilden kann? Ich fürchte, daß ein uneiniges und schwaches Europa eines Tages in den Sog der einzigen bestehenden europäischen Weltmacht kommen könnte, nämlich der Sowjetunion.

Bondy

Was geschieht, wenn die Europäer gegen den amerikanischen Willen und ohne amerikanische Unterstützung Atom-Großmacht spielen?

Freiherr zu Guttenberg

Sie sind sich doch auch darüber klar, Herr Bondy, daß dieses Bündnis zwischen Amerika und Europa unauswechselbar ist. Man weiß in Amerika, daß es amerikanische Interessen gibt, die nicht mit den Interessen der Vormacht eines unverzichtbaren Bündnisses identisch sein müssen. Beide mögen miteinander in Konflikt kommen und sind schon oft in Konflikt gekommen. Aber ist wirklich zu fürchten, daß in diesem Konflikt eine Entscheidung fallen könnte, die die NATO und die atlantische Sicherheit in Gefahr bringt? Wenn ich von der Weltmacht Europa spreche, dann meine ich das nicht mit irgendeinem anti-amerikanischen Akzent. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß es sich hier um die Fortsetzung der alten deutschen Politik handelt, darum nämlich, die Solidarität mit Amerika einerseits und die Einigung und Stärkung Europas andererseits anzustreben. Was ich also will, ist die Umwandlung der Hegemonialstruktur des Bündnisses. Der Kreis muß sich zur Ellipse dehnen. Die Weltmacht Europa darf nicht zentrifugal, sie muß zentripetal verstanden werden. So bin ich zum Beispiel der Meinung, daß die China-Politik de Gaulles keine gute Sache ist; denn das ist ein zentrifugaler Schritt gewesen. Dort aber, wo Stärkung Europas und damit Weltmacht Europa gewünscht wird, sollten wir mit von der Partie sein. Weltmacht Europa im Bündnis mit der Weltmacht Amerika ist alte amerikanische und alte deutsche Politik. Sie ist nach wie vor richtig.

Grosser

Genau wie Herr zu Guttenberg möchte ich kämpferisch sprechen.

Zunächst einmal zur Frage der psychologischen Situation. Hier haben mich die Äußerungen der Herren van Dijk und Lüthy überrascht. Natürlich gibt es in Deutschland manchmal wenig Verständnis für das, was die Vergangenheit dem Ausland bedeutet. Was mich sehr erstaunt ist, daß in den Ländern, die die deutsch-französische Allianz als zu weitgehend empfinden, vergessen wird, daß sie selber noch mit sehr viel Mißtrauen gegen die Deutschen beladen sind, das man Gott sei Dank in Frankreich weitgehend überwunden hat. In dem, was Sie sagten, spielen eine Menge von Affekten mit. Die deutsch-französische Freundschaft begann bereits 1945, gerade weil Franzosen in den nazistischen Konzentrationslagern und Gefängnissen Deutsche getroffen und dort ihre Beziehungen mit Deutschland begonnen haben. Die Infrastruktur der deutsch-französischen Beziehungen entstand zu einer Zeit, als die Schweizer Sozialisten die SPD noch nicht in der Internationale haben wollten, obwohl Schumacher unter Hitler mehr gelitten hat als alle Schweizer zusammen. Die Belgier haben bis 1958 gebraucht, um wieder normale Sportbeziehungen mit Deutschland aufzunehmen.

Ein Beispiel zur heutigen Lage: Das französische Fernsehen brachte kürzlich während der besten Sendezeit zwei Sendungen à 40 Minuten über den deutschen Widerstand. Könnten Sie sich eine solche Sendung im norwegischen, schwedischen, holländischen oder belgischen Fernsehen vorstellen? Ich habe diese Sendungen sehr begrüßt, weil diese Zeit eben auch Teil unserer gemeinsamen Geschichte geworden ist und weil wir in Frankreich heute den Krieg 1939 bis 1945 weitgehend "entnationalisiert" haben. Im "nationalistischen" Frankreich sieht dieser Krieg im Rückblick viel ideologischer aus als in Norwegen. Es hat eben auch deutsche Verbündete gegeben, und diese Idee hat bereits 1945 begonnen.

Ich bin auch nicht ganz einverstanden mit dem, was Herr Altmann über Rapallo sagte. Gewiß, Rapallo war anders, als man gemeinhin glaubt. Trotzdem bleibt auch noch zwischen Frankreich und Deutschland ein doppeltes Mißtrauen. Wenn zum Beispiel Frankreich nach Moskau geht, heißt es in Deutschland: "Natürlich, französisch-russische Allianz - kennen wir". Wenn Frankreich sagt: "Keine Verhandlungen mit Moskau", heißt es: "Natürlich, die Franzosen sind froh darüber, daß Deutschland zweigeteilt bleibt". Umgekehrt, wenn die Deutschen sagen: "Bitte, hart nach Osten", lautet die französische Stellungnahme: "Kennen wir- Kriegshetzer". Sagen sie: "Weich nach Osten", was noch nicht dagewesen ist, würde es heißen: "Rapallo-Politik".

Hier komme ich zur diplomatischen Bewegungsfreiheit der Deutschen. Leider scheint mir die Lage für die Deutschen zugleich einfach und tragisch zu sein. Ein Alleingang würde überall Mißtrauen auslösen. Aber zusammenzugehen, das bedeutet nicht, daß die anderen die Wiedervereinigung so ernst nehmen wie die Deutschen selbst. Allein geht es nicht - zusammen wird es nichts. Ich glaube, daß diese sehr pessimistische Feststellung eine Voraussetzung ist, um zu verstehen, warum die Diskussion in diesem Punkte so fruchtlos gewesen ist. Die staatliche Einheit als gemeinsames Ziel steht natürlich in den Verträgen von 1952 und 1955 sowie in den NATO-Kommuniqués. Was hätten auch die Alliierten anderes tun können, als es zum Ziel zu erklären, da anderenfalls Adenauer niemals eine deutsche Zustimmung bekommen hätte. Aber die Wiedervereinigung in diesem Sinne ist kein wirklich ernstgemeintes Ziel, das die Politik der Westmächte entscheidend bestimmt.

Die Diskussion hat eigentlich klar erwiesen, daß weder die Entspannung noch die Spannung die Wiedervereinigung sichtbar näher bringt. Deswegen stellte ich die Frage und wiederhole sie: Wenn schon die Wiedervereinigung weder durch Spannung noch durch Entspannung näher rückt, was ist das beste Mittel, um die Entfremdung zwischen den 54 Millionen und den 17 Millionen zu verhindern? Hier glaube ich, daß es wirklich nicht gleichgültig ist, ob man eine Spannungspolitik oder eine Entspannungspolitik macht.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das zu sprechen kommen, was Herr zu Guttenberg über Auflockerung und Entspannung sagte. Natürlich kann ich intellektuell verstehen, was er mit der Unterscheidung meint. Aber zu weit sollte man diesen Gegensatz nicht treiben.

Wenn es eine "Auflockerung" gibt, zum Beispiel bessere Beziehungen zu Polen oder Rumänien, warum sollte das notwendigerweise auf Kosten besserer Beziehungen zur Sowjetunion, also auf Kosten der "Entspannung", gehen?

Wie ist denn die Lage seit 1956? Stillschweigend läßt jeder der beiden Großen die bestehende Trennungslinie in Europa gelten. Nur Berlin bleibt ein umstrittener Punkt. Es gibt also eine Grenze der "Auflockerung", über die die Ostblockstaaten nicht hinwegkönnen, ohne einen brutalen Eingriff hervorzurufen. Aber bis zu dieser Grenze haben sie viel mehr Spielraum als vor 10 Jahren, vor allem in der Innenpolitik, wo sich im persönlichen Schicksal der Menschen sehr viel verändert hat.

Beziehen wir diese Überlegung einmal auf die DDR, wobei ich bemerken möchte, daß man im Ausland immer mehr von der DDR statt von der "sogenannten" DDR spricht. Die Frage ist: Inwieweit benötigt Chruschtschow Herrn Ulbricht, solange eines der Ziele seiner Außenpolitik, nämlich die Anerkennung der Stabilisierung im Sinne der dauerhaften Spaltung Europas, nicht anerkannt wird? An dieser Frage setzt die heutige Problematik ein. Denn vielleicht steht die Bundesrepublik eines nicht allzu fernen Tages vor der Alternative: entweder die Anerkennung der Zweistaatlichkeit und eine Liberalisierung, eine "Gomulkisierung" des Regimes oder die weitere Ablehnung, das Beibehalten des Ulbricht-Systems. Wenn Sie heute mit rumänischen oder mit tschechischen Diplomaten sprechen, so sagen diese ganz offen, sogar ihren deutschen Kollegen in Paris, daß Ulbricht in diesem Sinne ein Überbleibsel des Kalten Krieges ist. Ich möchte nur die Frage stellen, warum das in der Bundesrepublik nicht ausdiskutiert wird.

Nun zu einer anderen Frage. Ich bin völlig der Meinung von Herrn zu Guttenberg, daß es heute im Osten kein multipolares, sondern ein bipolares System gibt. Aber dann muß man sich auch fragen: Was verändert sich in jedem der beiden, wenn sich dieser Gegensatz entwickelt? Denn genauso wie der Kalte Krieg Amerikas Innen- und Außenpolitik verändert hat, wird auch der Konflikt mit China nicht ohne Konsequenzen auf die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion bleiben. Theoretisch hätte Moskau versucht sein können, die Chinesen im Revolutionären zu überspielen. Aber die soziologische Entwicklung der Sowjetunion läßt das nicht zu. Die neue Generation, die heranreift, ist ebenso "wirtschaftswunderlich" wie die deutsche: Wohlstand, keine Abenteuer und keine allzu große Solidarität mit den Armen. China gegenüber hat sich Rußland viel weniger brüderlich, viel "bourgeoishafter" benommen als die Westmächte gegenüber den afrikanischen Staaten. Resultat: Bisher bewirkt der Druck Chinas eine Entspannung zwischen Moskau und Washington, eine Art Verbindung der Vernünftigen, was natürlich nicht ausschließt, daß man den Einflußkampf fortsetzt.

Freiherr zu Guttenberg

Sie gehen davon aus, daß eine innersowjetische Entwicklung zu einem Wirtschaftswunder die Aggressivität des Sowjetsystems mindern wird. Ich bezweifle, daß es kommunistischer Mißwirtschaft je gelingen wird, ein "Wirtschaftswunder" zu erreichen.

Außerdem möchte ich davor warnen, sich auf derartige Automatik zu verlassen. Denn das totalitäre Regime des Dritten Reiches hat in einem Lande begonnen, in dem es sehr viele Techniker und sehr viele Wirtschaftler gab; und als es in diesem Reiche dann wirtschaftlich besser ging, gab es sogar noch mehr Nazis als vorher.

Grosser

Es wurde dann von der westlichen Bipolarität gesprochen. Ich möchte kurz zeigen, daß die Politik de Gaulles mit der der Europa-Bewegung mehr Ähnlichkeit hat, als es beide glauben.

Was ist zum Beispiel in der Kuba-Krise passiert? Die Amerikaner konnten plötzlich feststellen, daß Kennedys Poker-Politik nicht von Rom, London oder Bonn, sondern von Paris am besten bejaht und befolgt wurde. Der Grund ist einmal darin zu sehen, daß im Fall einer akuten Spannung die gemeinsame Verteidigung den Vorrang gegenüber den Differenzen hat und weiterhin der Kuba-Fall für de Gaulle der gewünschte Präzedenzfall war. Präzedenzfall im folgenden Sinne: Mein Begriff der Allianz ist, sagt de Gaulle, daß jeder in dem Punkt entscheidet, der am gefährlichsten und nächsten für ihn ist. Kuba, das liegt dicht an Amerika. Amerika hat zu entscheiden, und die anderen haben zu folgen. In Europa haben die Europäer zu entscheiden und die Amerikaner zu folgen.

Hier wird nun die ganze Problematik deutlich: Soll es ein Europa geben, das eine eigene Politik betreibt, oder nicht? Warum will man eigentlich in der Bundesrepublik das politische Europa, wenn man, wie Herr Spinelli, sagt, Europa soll kein Entscheidungszentrum darstellen? Gaston Defferre spricht von der "Nation Europa" und von der Notwendigkeit, aus Europa eine Brücke zwischen Ost und West zu bauen. Das ist "Dritte Kraft-Politik". Die "Europäer", von Robert Schuman bis Defferre, sind viel neutralistischer als de Gaulle.

Wenn nun aber, wie Sie vorhin sagten, Herr Spinelli, Europa nach Ihrer Lösung nie eigenhändig handeln kann, aber die Amerikaner es können, wo bleibt dann die Gleichheit?

Nun zur atlantischen Allianz, und zwar zunächst zur Frage der Strategie. Hier liegt eine unausgesprochen tragische Situation vor, aus der ich keinen Ausweg sehe. In der europäischen Verteidigung gibt es nämlich technisch nur eine gute Lösung. Die Karten des Poker mit den Atomwaffen müssen in einer Hand sein, aus Geschwindigkeitsgründen und aus diplomatischen Gründen. Nur einer kann sie in der Hand haben, und das kann nur der amerikanische Präsident sein. Für die Deutschen scheint das selbstverständlich zu sein. Aber welcher europäische Staatsmann kann leichten Herzens auf sich nehmen, daß das physische Schicksal seiner Landsleute in den Händen eines wenn auch befreundeten Fremden ist, der 6000 km entfernt sitzt und vielleicht nicht dieselben Entscheidungen treffen würde wie man selbst.

Aus dieser Situation gibt es wahrscheinlich keinen Ausweg; denn jede andere Lösung ist für die Amerikaner aus atompoker-technischen Gründen unakzeptabel. Das Multilaterale, das Multinationale dient nur dazu zu verdecken, daß eine amerikanische Befehlskommandowacht übrigbleibt. Daß man sich dagegen auflehnt, daß man Auswege sucht, ist nur zu verständlich, wenn auch vielleicht Auswege einfach nicht bestehen.

Hier liegt der große Unterschied zwischen Frankreich und England einerseits, der Bundesrepublik und Italien andererseits, den ich ganz hart hervorheben möchte. England und Frankreich sind sich in der Atompolitik sehr ähnlich. Eine Rede von Mr. Thorneycroft oder eine Rede von M. Pompidou über das Problem der nationalen Atomwaffe ist durch genau dieselbe Sprache gekennzeichnet.

Warum verursacht dieses Problem nun in Deutschland und Italien weniger Aufregung? Weil die internationale Stellung Deutschlands und Italiens, verglichen mit 1945, ein Geschenk der Götter ist. Die Stellung Frankreichs und Englands dagegen, als sogenannter "Siegermächte", entspricht einem Niedergang.

Freiherr zu Guttenberg

Sie sagen, Sie sehen keinen Ausweg aus dem Dilemma. Halten Sie es nicht für möglich, eine europäische Atommacht unter europäischer Autorität zu schaffen - wobei diese "Autorität" eben nicht ein kompletter Bundesstaat zu sein braucht, sondern sich zunächst nur auf diesen Bereich der nuklearen Kriegsführung erstrecken müßte?

Altmann

Glauben Sie, Herr Grosser, daß eine französische Atommacht Deutschland eher verteidigen kann und will als die Vereinigten Staaten von Amerika? Weiter: Gesetzt den Fall, es gäbe eine integrierte Atommacht innerhalb der NATO mit zehn oder fünfzehn Partnern - sind Sie gewiß, daß diese integrierte Atommacht die Entscheidung zur atomaren Verteidigung der Bundesrepublik schneller und leichter fassen würde als der Präsident der USA?

Grosser

Ihre Argumente sind vom gaullistischen Standpunkt aus leicht zu beantworten. Wann ist heute die größte Sicherheit für ein Nichtstattfinden des Atomkrieges gegeben? Dann, wenn die Russen sicher sind, daß Atomkraft eingesetzt wird. Hier liegt auch das große Mißverständnis de Gaulles und seiner Berater, die nicht die richtigen Schlüsse aus der strategischen Situation um Kuba gezogen haben. Die Konsequenz der Kuba-Krise besteht nämlich darin, daß wir Europäer "klassisch" rüsten müssen. Die Amerikaner haben in Kuba wegen ihrer klassischen Überlegenheit in Marine und Luftwaffe gewonnen. Die einzige Antwortmöglichkeit für Chruschtschow auf die "klassische" Drohung war, mit Atom zu drohen. Das war nicht glaubwürdig, weil Kuba zu weit und zu unbedeutend ist, und eine Atomdrohung, die nicht glaubwürdig ist, ist keine Drohung mehr. Weil Chruschtschow keine "klassischen" Kräfte bei Kuba zur Verfügung hatte, mußte er kapitulieren. Die große Furcht McNamaras ist völlig zu Recht, daß Berlin das umgekehrte Kuba werden könnte in Anbetracht einer dort vorhandenen russischen Übermacht in klassischen Waffen. Deswegen gilt es also zunächst, das klassische Gleichgewicht herzustellen. De Gaulle will aber atomare Rüstung für Frankreich, und die Italiener wollen überhaupt keine Militärausgaben.

Verlieren wir uns nicht in der Strategie. Ich möchte zurückkommen auf Europa und de Gaulle, der vorhin immer dargestellt wurde als der Justierer der europäischen und der atlantischen Einheit. Seine entscheidende Frage lautet: Wozu Europa? Die europäische Bewegung spricht mitunter von der europäischen Nation. Ist das nicht ein Übertragen des alten Nationalismus auf eine andere Ebene? Auch auf dem Gebiet des Atoms entstehen hier Fragen; denn in den Augen der Amerikaner ist es letzten Endes kein großer Unterschied, ob der Mann an der Spitze, von dem Kennedy sprach, de Gaulle ist oder nicht de Gaulle. Die Idee eines vereinten Europa mit einem Mann an der Spitze - darüber haben wir heute abend sehr wenig diskutiert, weil es aussah, als sei das eine rein gaullistische Idee, die deswegen abgelehnt werden müsse. Aber das ist auch die Idee der Europa-Union. Und deswegen haben wir kaum diskutiert, ob es ein solches Europa geben könne, ob es mehr als ein Sechser-Europa sein kann, wer denn überhaupt bereit sei, in einem solchen Europa mitzumachen, wo einer im Namen aller sprechen kann. Wer ist denn in diesen sechs Staaten, von den Holländern angefangen, bereit, andere die Grundentscheidungen treffen zu lassen?

Hier liegt auch die große Schwäche de Gaulles, und er kennt sie selbst. Er ließ kürzlich von seinem Premierminister einen bemerkenswerten Satz vor der anglo-amerikanischen Presse aussprechen: "C'est à la France de jouer le rôle de l'Europe". Er sagte nicht, die Karte Europas zu spielen, sondern die Rolle Europas zu spielen.

Die französische Außenpolitik ist heute vergleichbar mit der der kommunistischen Partei in der westlichen Welt. "Wir sind zwar die Minderheit, aber weil die anderen nicht verstanden haben, wo die Wahrheit ist, und solange sie es nicht verstanden haben, müssen wir allein die Rolle spielen, obwohl wir in der Minderheit sind. Die anderen haben noch nicht verstanden, was eine Rolle Europas sein kann, also spielen wir Europa allein, auch wenn alle anderen Europäer dagegen sind."

Zum Schluß noch ein Wort über die Bundesrepublik. Dort macht man sich Sorgen über Aufweichung, Auflockerung, Entspannung und so weiter. Aber fragt man sich auch, was eigentlich von der Welt in den nächsten zwanzig Jahren zu erwarten ist, was in Asien und Afrika die Politik der Staaten sein soll, was denn gut oder schlecht heißt? Was ist ein Regime, dem wir helfen können, was ein Regime, dem wir nicht helfen können? Das sind eine Reihe von Fragen, die von der Bundesregierung lediglich mit der Hallstein-Doktrin beantwortet werden. Das heißt, ein Regime ist gut oder schlecht, je nachdem ob es Pankow anerkennt oder nicht. De Gaulle ist heute andauernd sein nationalistisches Denken vorgeworfen worden. Nicht zu Unrecht. Aber inwiefern ist nicht die deutsche Überlegung über die Zukunft Deutschlands in Europa und in der Welt nicht ebenso egozentrisch, ja vielleicht noch viel egozentrischer als die Einstellung von de Gaulle, der wenigstens Weltpolitik mit einem Blick auf die Zukunftsentwicklung dieser Welt machen will? Wo in der deutschen Diskussion taucht denn wirklich auf, daß es eine Verantwortung - und ich möchte hier beinahe sagen, eine Politik der "Verantwortung" - der Europäer gibt, die sich nicht in Europa abspielt, sondern in Afrika und in Asien?

Bondy

Deutschland - wir haben es mehrfach gehört - ist nur eines der Länder, durch welche die Teilung zwischen der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt läuft. Die Grenze quer durch Deutschland entspricht der Begegnung zwischen diesen beiden Gruppen, die gleichzeitig in jenes Vakuum vordrangen, das einst das Dritte Reich hieß. Ohne Hitlers Überschreitung aller Grenzen und Normen und ohne den Leerraum, den der Zusammenbruch seiner Herrschaft entstehen ließ, ist die Spaltung zwischen Ost- und Westeuropa, wie sie heute verläuft, sowenig zu verstehen wie die Teilung Deutschlands. Daher ist es keine Abkehr von den spezifisch deutschen Problemen und Nöten, wenn im Augenblick, wo es sich um Deutschland handelt, alle Aspekte der Ordnung Europas und der Konstellation der Weltmächte zur Debatte stehen. Diese Ausweitung ist kein Ausweichen, keine Flucht vom Besonderen ins Allgemeine, sondern entspricht der Natur der Dinge selber.

Bei einem Gespräch wie diesem ist es unvermeidlich, daß nachträglich die einen finden werden, das spezifisch deutsche Problem sei durch die allgemeinen Betrachtungen verwässert worden, während andere im Gegenteil empfinden mögen, das besondere Thema sei noch nicht konsequent genug in den weiteren Zusammenhang gestellt worden. Immerhin sind uns von den verschiedensten Gesichtspunkten aus Feststellungen und Überlegungen geboten worden, durch die jeder einzelne von uns bestimmt den Anstoß erhalten hat, sich die Fragen neu zu überdenken, zu denen er seine Meinung mitbrachte. Das allein wäre, so glaube ich, Rechtfertigung genug für dieses Gespräch, das nicht so sehr Antworten bieten konnte, als es vielmehr erstreben mußte, die Grundlagen der Problemstellung selber kritisch zu erhellen.

Körber

Meine Herren!

Ich bin, wie Sie alle, Herrn Bondy sehr dankbar für sein klärendes Schlußwort nach den "Plädoyers" unserer beiden Referenten, die auf einem mit Fragen und Gegenfragen gespickten Terrain operierten.

Es sieht wirklich fast so aus, als ob seit Monaten eine Art politischen Vermessensspiels vor sich ginge, bei dem die Beteiligten ihre Standorte überprüften. Die Regeln dieses Spiels sind gelegentlich mißverständlich - falls es überhaupt Regeln dafür gibt. Auch unser Thema schien so angelegt zu sein, obwohl wir alle wissen, daß wir in Europa gemeinsame Schritte gegangen sind, die sich nicht mehr einzelgängerisch auflösen lassen.

Die Vielzahl der heute abend gestellten Fragen und ihre gelegentlich recht pointierte realistische oder illusionistische Beantwortung zeigten uns, daß das europäische Gelände nicht nur rhetorisch uns allen gemeinsam ist; daß es kein sinnvolles Fragespiel um Deutschland gibt, das isolierende, uns voneinander entfernende Antworten zuließe. Wir sind alle doppelt betroffen - Spieler und Zuschauer zugleich.

Es ist natürlich zweifelhaft, ob die Geschichte jeweils Sinnfragen zuläßt - aber für uns gelten sie, da wir meinen, am Werden der Geschichte beteiligt zu sein. Wir meinen auch, daß die an den politischen Lösungen der Nachkriegsjahre gereiften Menschen gemeinsamer antworten, nicht einheitlich, aber in einer aus Erfahrung und Vernunft gewonnenen Zielrichtung, die im kontinuierlichen Fragen davon ausgeht, daß die Ursache der Spannungen, also die Teilung Deutschlands und Europas, ohne Verlust westlicher Substanz beseitigt werden müsse.

Diese Aussage gehört heute zum politischen Selbstverständnis Europas; unsere politische Jugend geht von den gemeinsamen europäischen Loyalitäten aus - und sie berauscht sich nicht an den Schwierigkeiten, die vor uns liegen. Das ist möglicherweise noch keine Politik - aber vielleicht doch Grundlage und Axiom für alle Deliberationen und jeweiligen Vorentscheidungen. Wir können uns in Europa nicht mehr Ungleiches zudenken, sondern nur noch Gleiches.

Mich freute am heutigen Abend, daß er aus Dialogen bestand und nicht aus einer Gegenüberstellung von Monologen. In Ihrer aller Namen, meine Herren, danke ich nun den Herren Prof. Grosser und Baron zu Guttenberg für ihre Referate und für die so persönliche Verteidigung ihrer Thesen unter der bedachten Gesprächsleitung von Herrn Bondy, der die Vielzahl der Temperamente zu zügeln verstand, ohne daß die Gangarten darunter litten.